

# Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands  
„Grundstein zur Einigkeit.“

Gerausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stainingl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40:  
Anzeigen die dreispaltige Zeitspaltweite oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Bollwerkreiniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Auch eine Rechnung. Ueber das Gewerbergerichtswesen. Der Gegenwart. — Wirtschaftlich-  
soziale Rundschau. Wie man früher Meister wurde. —  
Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1891. Strafgefangene gegen freie Arbeiter. Die acht-Generaterversammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer etc. — Situationsberichte. — Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Krankentafelwesen. — Literarisches. — Briefkasten.

## Auch eine Rechnung.

Die Gegner jeder gründlichen Sozialreform glauben einen Haupttrumpf gegen uns „Umstürzler“ auszuspielen, wenn sie behaupten: „Reichthum und Armuth, Unterschiede im Besitz haben stets existirt, so lange es Menschen giebt, muß es auch in alle Zukunft hin geben, schon wegen der Verschiedenheit der Menschen, ihrer Fähigkeiten und der Bereitwilligkeit, diese Fähigkeiten in Anwendung zu bringen.“

Wer diese Einrede unbesehen zugiebt, vermeidet damit allerdings eine unerquickliche Debatte, die schon so oft geführt worden und deren Moral unausbleiblich darauf hinauskam: Es müsse Jeder mit seinem Loose zufrieden sein, der Schuster müsse bei seinem Leisten bleiben, und: Der schlimmste Feind der öffentlichen Wohlfahrt sei der Klasse Neid, der in den Volksmassen künstlich erzeugt werde.

Ach, ihr ehrenwerthen Moralisten, was waren das für goldene Zeiten, als die soziale Frage noch mit der Bekämpfung des Nothdes erledigt werden konnte, als der glückliche Besitzer den Kern der Unruhe, Unlust und Verzweiflung, die unter ihm rumorten, damit zu treffen glaubte, wenn er ausrief: „Diese plebejischen Weiber, sie möchten blos in meiner Kutsche fahren, sie wollen meine Pasteten essen und meinen Champagner trinken“. Und als dann der Leibökonom jenes glücklichen Besitzers wichtig hinzusetzte: „Die liebe Unwissenheit! Als ob es so viele Kutschen gäbe, als ob so viel Champagner wüchse! Die Leute bedenken auch nicht, daß die Kutscher selbst wieder Kutscher haben müßten, sie fragen garnicht, wer denn Küfer, Fährbinder, Aufwärter und Bedienter sein sollte, wenn sie alle Herren geworden wären.“

Die nationalökonomische Wissenschaft, die hinter dieser albernem Neidmoral steckte, stand auf der Höhe der Gellert-Pagendorff-Pfeffel'schen Fabeln; sie war selbst eine Fabel und ist glücklicherweise zur Fabel geworden. In einzelnen Fiklen und Fiklen schleppt sie sich freilich auch jetzt noch durch bessere Argumentationen hindurch; aber so ganz und offen wagt sie sich nicht mehr an's Tageslicht.

So höret denn, ihr Moralisten: Es handelt sich bei Lösung der Arbeiterfrage, der sozialen Frage überhaupt, in erster Linie garnicht um die Unterschiede des Besitzes, um die Ungleichheit der Vermögen, sondern um den **Prozess** dieser Unterschiedlichkeit, um die Vollständigkeit und Schwindlichkeit innerhalb der Ungleichheit. Dieser fressende Krebs immer größerer Ungleichheit, dieses unaushaltbare Nickerwerden auf der einen, und dieses ebenso unaushaltbare Abmagern auf der anderen Seite: Das ist der Gegenstand der Verzweiflung, die eigentliche Ursache des Elends in unserer ganzen wirtschaftlichen Welt.

Der Arbeiter empfindet diesen Krebs und er hat gelernt, ihn pathologisch zu beschreiben. Die Ökonomen der alten Schule, welche Adam Smith die Unehre anthon, sich auf ihn zu berufen, sehen ihn entweder nicht, oder leugnen ihn frech weg. Im ersteren Falle sind sie einfach Quacksalber, dunkle Ehrenmänner, wie Faust's Vater:

„Hier war die Arznei, die Patienten starben,  
Und Niemand fragte: Wer genas?“

Im letzteren Falle sind sie einer theoretischen Kritik nicht mehr würdig; sie versallen als gemeinschädliche Subjekte dem Urtheil der öffentlichen Meinung.

Das Immerfetterwerden und das Immermehr-abmagern in unseren heutigen vorgefertigten Gesellschaftszuständen hat zwei Grundursachen, zu denen sich alle sonstigen mitwirkenden Umstände nur wie mitspielende Nebendinge verhalten. Diese Grundursachen heißen: Das Geldsystem und die Maschine, unsere Tausch- art und der darauf begründete Produktions- modus.

Wohlgemerkt, die Uebel bestehen nur in diesem Zusammenhang; denn weder ein handliches Tauschmittel, noch die Vielfältigung der menschlichen Kraft sind an sich von Uebel. Nicht gegen das Geld, wie unreife Dränger und Stürmer gethan haben, auch nicht gegen die Triumphe der Mechanik, deren tatsächlicher Befehdung sich die Verzweiflung hin und wieder schuldig gemacht hat, darf man den Angriff richten, sondern, wie die Sozialdemokratie es thut, gegen das Qui pro quo des Werthes und die Potenzierung dieses Qui pro quo bis zur 2ten Potenz, der eine negative Steigerung ebenfalls bis zur 2ten Potenz gegenübersteht.

Wenn der Sklave, Knecht, Tagelöhner — ganz einerlei — in der Naturalwirtschaft den Boden bebaut, pflügt, düngt, säet, erntet, brüht, mahlt, bakt, oder auch Flachs, Hanf und Wolle erzieht, webt, strickt, näht und färbt — so besteht die Gegenleistung des Herrn darin, daß der Sklave, Knecht, Tagelöhner ernährt, beherbergt und bekleidet wird. Nun mag der Herr durch Ansammlung überschüssiger Arbeit immer reicher werden, neue Güter erwerben, die Wirtschaft ausdehnen, sich Luxusgegenstände aus fernem Ländern verschreiben: der Arbeiter wird dadurch nicht ärmer; er lebt, und zwar um so besser, je mehr den Herrn die Einsicht leitet, daß wohlgenährte Menschen mehr leisten als Hungerleider. Die beiden Progressionsreihen entfernen sich nicht nach zwei Seiten von einander. Der Zustand ist, wenn man vom 'kulturellen' Fortschritt absieht, ertäglich.

Wenn aber der Arbeiter mittelst des allgemeinen Tauschwerthes abgelohnt wird, so entsteht auf der Stelle das Quid pro quo. Ist das auch Ersatz für die früher gesicherte Existenz, ist das das Aequivalent für Nahrung, Kleidung und Wohnung? Ist es mehr oder, ist es weniger?

Das ist die gewaltige Frage, an der das Leben von Millionen, das Glück und Unglück der großen Mehrheit der Gesellschaft hängt! Eine Weile kann es scheinen, als ob das X in der Hand des Arbeiters jenes Aequivalent überwiege; bald aber kommt das Gegentheil heraus

und endlich in's Bewußtsein. Es sind ihrer so Viele, die sich für das Aequivalent anbieten, sie stehen in so langen gedrängten Reihen vor dem Schalter; daß der Herr ja ein Narr sein müßte, wenn er das Aequivalent nicht knapper und knapper anböte, wenn er nicht trachtete, außer dem Ueberschuß am Extrage der Thätigkeit der Untergebenen ein neues Mehr aus der Minderung der Löhne herauszuschlagen. Und dann, je zahlreicher die angeblichen Aequivalente gegeben werden, je mehr Arbeiter gegen niedrige Löhne beschäftigt sind, desto besser für den Kapitalprofit.

Man nennt das die „freie Konkurrenz“ und meint Wunder was gesagt zu haben, wenn man sich auf die „Freiheit des Kontraktes“ beruft und hinzufügt: auch die Unternehmer machen sich ja Konkurrenz unter sich. Die „Freiheit des Kontraktes“ ist die Nothwendigkeit, zu essen und zu trinken. Alles drängt sich zu dem Pseudo-Aequivalent heran, „Alles will leben, einerlei wie; es ist der Kampf um's nackte Dasein, nicht mit dem Kapital, sondern der Arbeiter unter sich. Was aber die Konkurrenz unter den Unternehmern betrifft, so kann man diese Sophisterei mit einem Schlage pariren: Ja, die Unternehmer mögen sich Konkurrenz machen, Einer bankrott, der Andere zehnfacher Millionär werden. Das ist ein purer Familienstreit im Hause des Kapitals; aber die Konkurrenz des Kapitals mit der Arbeit bleibt und setzt ihre steigende Verwüstung fort. Ganz gleichgültig, ob einmal ein Arbeiter unter Hunderttausenden den Millionärstab, den sie alle im Felleisen tragen sollen, wirklich herauszieht. Dieser Parvenü betreibt dann die Konkurrenz nur im anderen Lager weiter. Jetzt schwillt die Progression geometrisch in's Unendlich-Große an, während die andere sich im Unendlichen-Kleinen verliert. Es fehlt dann noch, daß der Tauschwerth selbst, sei es durch Goldfunde, sei es durch Papierüberschwemmung oder dergleichen dem ökonomischen Gesetze verfällt, zu dessen Regelung er ursprünglich berufen war! Was dann kommen akute Krankheiten, Epidemien zu dem chronischen Uebel der Blutverwässerung; mitten in der allgemeinen Schwindsucht fallen Schaaren von besondern Opfern.

Arbeiten das Minus-Aequivalent und die Masse der Einzellöhne noch mit gewöhnlichen Potenzen, so führt die Maschine den Logarithmus in die Rechnung ein. Was früher Hundert vollbrachten, das bringt jetzt ein Arbeiter fertig, ohne für die 99 oder auch nur für 50, ja 10 oder 2 die fällige Quote zu beziehen. Im Gegentheil, die 99 stehen jetzt auch am Schalter und bitten um das Aequivalent des antiken Sklaven. „Wir thun's um's selbe Geld, um weniger. Aber leben müssen wir.“ Und dann drängen sich Weiber und Kinder, halbreife Juben und Mädchen herzu! „Um die-Hälfte, um ein Drittel, um ein Viertel! Wir können's ebenso gut. Nimm uns, wir frieren und hungern.“

Da wird es klar, was die beiden Progressionen bedeuten und welcher Dzean von Schmerz und Qual, von geistiger Lumbüsterung und fesslicher Atrophie sich hinter dem mathematischen Wilde verbirgt. Das allgemeine Tauschmittel, ohne finanzielle Kontrolle, führt die Gesellschaft an

den Rand des Abgrundes, die Maschine stürzt sie hinein. Und das ist unvermeidlich, unumgänglich, heillos — ohne eine neue Rechnung! In etwas wäre der Menschheit schon geholfen, wenn man die heutigen Vermögensverhältnisse, so bedenklich sie sind, mit aller Ungleichheit, in ihrer ganzen Stala von unten bis oben festnageln könnte. Daß man das nicht kann, darin liegt der tiefkritische Punkt des Nebels! Darin liegt ausgesprochen, daß dieses Nebel ein beständig wachsendes ist, und daß man ihm nur beikommen kann, wenn man sein Prinzip angreift.

**Ueber das Gewerbegerichtswesen der Gegenwart**

als Keim einer Revolution unserer Rechtspflege macht der „Gewerkschafter“ beachtenswerthe Ausführungen.

Nicht bloß für das gewerbliche Leben, auch nicht nur für die modernere Arbeiterbewegung im engeren Sinne sind die Gewerbegerichte, welche in neuester Zeit stattgefunden und ein so glänzendes Resultat für die Sozialdemokratie ergeben haben, von hervorragender Wichtigkeit.

Bei diesen Wahlen, welche in tiefer Ruhe und größter Ordnung vor sich gegangen sind, die wohl auch dem angestrichelten Spektakel der Vorwahl vorzuziehen sind, und angesichts deren sich selbst bei den mittrauischen Politikern unserer Wissens wenigstens öffentlich kein Unbehagen bemerkbar machte, hat sich die Sozialdemokratie wieder einmal so recht überwältigend als das bewährt, was sie ihrem innersten Wesen nach ist — eine revolutionäre Partei.

Die Gewerbegerichte haben nach unserer Ueberzeugung eine gar nicht hoch genug zu schätzende schädliche Bedeutung für unser gesammtes Rechts- und Kulturleben.

Fassen wir das Wesen dieser in ihren Keimen und hauptsächlichsten praktischen Vorbildern gar nicht so neuen Rechtsinstitutionen einmal etwas schärfer in's Auge!

Für den ersten Blick scheint es sich bei den Gewerbegerichten nur um Rechtsstreitigkeiten sehr gewöhnlicher und unbedeutender Art zu handeln; und wenn wir uns über die spezielle Aufgabe der Gewerbegerichte Rechenschaft geben, so werden sie zunächst an Bedeutung nicht zu gewinnen scheinen, zumal sie keineswegs zur Erledigung sämtlicher gewerblicher Streitigkeiten bestimmt sind.

Die gewerblichen Streitigkeiten können natürlich sehr verschiedener Art sein. Im Wesentlichen zerfallen sie in folgende vier Gruppen. Erstens kommen in Betracht die Streitigkeiten des Paktstums mit den Gewerbetreibenden über die Güte verkaufter Waaren und gewerblicher Leistungen; zweitens die Streitigkeiten der Gewerbetreibenden unter einander; drittens Streitigkeiten von Behörden mit Gewerbetreibenden wegen Vorschriften (Verfügungen) von Gewerbetreibenden beziehungsweise deren Einprüche dagegen; viertens Streitigkeiten von Gewerbeunternehmern mit ihren Hülfspersonen (Gehülften, Gesellen, Lehrlingen). Die letztgenannten Streitigkeiten sind die eigentlichen sogenannten Arbeitsstreitigkeiten und beziehen sich auf den Eintritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Verwehrlverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer dieses Verhältnisses oder auf die Entlohnung und den Inhalt gewerblicher Zeugnisse.

In den verschiedenen europäischen Kulturstaaten werden diese Streitigkeiten in verschiedener Weise zu erledigen gesucht. In Großbritannien unterliegt die gesamte bürgerliche Rechtspflege den bürgerlichen Gerichten, die aus den englischen Grafschaftsgerichten, den schottischen Scherichtern und den irischen Justizgerichten bestehen. Im Jahre 1867 wurde allerdings ein Gesetz geschaffen, die sogenannte St. Leonards-Akte, welches eigene, ständige Gerichtsinstanzen für Arbeitsstreitigkeiten zu Wege bringen sollte, die councils of conciliation. Das Gesetz ist aber niemals zu entsprechender Wirksamkeit gelangt.

In Deutschland, Oesterreich und der Schweiz, in Frankreich und Belgien ist man insofern zu einer Ueber einstimmung gekommen, als man wenigstens die eigentlichen Arbeitsstreitigkeiten, also die vierte der eben angelegenen Gruppen gewerblicher Streitigkeiten, die der Unternehmer mit ihren Hülfspersonen, Sondergerichten zu überweisen sich gebührt sah, neben denen in Deutschland noch die Gemeindevorsteher als gerichtliche Instanzen funktionierten. Die drei von uns angeführten übrigen Gruppen gewerblicher Streitigkeiten hat man auch in diesen Kulturstaaten für die Zukunft noch den ordentlichen Gerichten überlassen. Diese sogenannten ordentlichen Gerichte, die mit rechtsgelehrten Richtern besetzt sind und auch da, wo das Laienelement bei ihnen Vertretung gefunden hat, von den gelehrten Juristen beherrscht werden, haben sich nun als so vollständig ungeeignet zur Er-

ledigung der Arbeitsstreitigkeiten erwiesen, daß die modernen Vorkämpfer nichts Kühneres thun konnten, als Genossenschaftsgerichte an ihre Stelle zu setzen.

Die ordentlichen Gerichte vermochten es weder zu der dringend erforderlichen Schnelligkeit der Entscheidungen noch zu dem durch den Zweck der Rechtspflege überhaupt bedingten sachgemäßen Urtheile zu bringen, und überdies machte sich die Kaspistigkeit ihrer Rechtsprechung gar zu empfindlich fühlbar. Die meisten der einschlägigen Klagen verlangen eine genaue Kenntniß der wirtschaftlichen und technischen Verhältnisse des Gewerbebetriebes, und von diesem hatte der in unseren höheren Schulen in „klassischer“ Einseitigkeit verübte gelehrte Richter keine Ahnung. Demgemäß war nur zu oft die Vernehmung von Sachverständigen unvermeidlich, um einen einigermaßen sachgemäßen Rechtspruch zu ermöglichen. Die Herbeiziehung von Sachverständigen schob nun einerseits die Urtheilsfällung auf die lange Bank und bewirkte andererseits, daß die Urtheilselfständigkeit des Richters gefährdet wurde.

Selbst in Fällen, wo es eigentlich speziell technischer Kenntnisse nicht bedarf, sagt Professor Bacher im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, wird gleichwohl eine allgemeine praktische Anschauung davon, was in den Verhältnissen zwischen Meistern und Gesellen, oder Fabrikanten und Arbeitern üblich und schädlich ist, erforderlich sein, um die Entscheidung zu fällen.

Daß das nicht nur in Bezug auf die eigentlichen Arbeitsstreitigkeiten zutrifft, liegt auf der Hand. Berücksichtigen wir insbesondere die Streitfragen, welche zwischen den eigentlichen Gewerbetreibenden unter sich bei jeder Gelegenheit aufzutreten pflegen, falls zwei oder mehrere mit einander in Verührung kommen; der kleinere Schuhmachermeser mit dem Lederhändler oder dem Schuhfabrikanten; alle Handwerker mit den Lieferanten oder Fabrikanten ihrer Werkzeuge; die Kleinmeister, welche zum Betriebe von Kleinmotoren ein und dieselbe Dampfmaschine oder eine andere Triebkraft benutzen; diese Kleinunternehmer mit dem Eigentümer einer jener Triebkräfte, die sie ihren Theil daran abgemietet haben usw., in's Unerfindliche.

Ueberall sind technische Kenntnisse zum halbwegs vernünftigen Ausgleich der Streitangelegenheiten oder zu deren Entscheidung, wenn eine Einigung nicht zu erzielen ist, dringend erforderlich, und überall, wo spezielle Fachkenntnisse erforderlich sein sollten, ist eine „allgemeine praktische Anschauung“, was in den bezüglichen Verhältnissen üblich und schädlich ist, gewiß sehr am Platze.

Aber auch da, wo es sich handelt um Streitangelegenheiten zwischen dem Publikum und diesem oder jenem Gewerbetreibenden über die Güte verkaufter Waaren und gewerblicher Leistungen, wozu sowohl im Interesse des einen wie des anderen der freitenden Theile sachkundige Richter oder sachkundige Mitglieder des Gerichts sehr an ihrem Platze.

Daraus folgt, daß zunächst für die Gesamtheit der gewerblichen Streitigkeiten ähnliche Institutionen, wie die Gewerbegerichte von heute, nöthig sind und daß unser heutiges einseitiges Gewerbegerichtswesen nur als der schwache Anfang zum Besseren, als der erste ernsthafte Schritt an die Wurzeln des rechtsgelehrten Unkrauts, welches unser gesammtes Volksleben überwuchert und fast erstickt hat, zu betrachten ist.

Das aber wird der erste Theil einer grundsätzlichen Umwälzung unserer gesammten Rechtspflege sein — einer Umwälzung, bei der das rechtsgelehrte Juristenthum beseitigt und für alle Gebiete des Rechtswesens Volksgerichte zu schaffen sein werden, die ihrerseits allerdings eine ganz andere Art der allgemeinen Jugendbildung bedingten, als sie alle Bildungsanstalten der Gegenwart ermöglichen — die niederen sowohl wie die mittleren höheren und höchsten.

Schreier dieser Zeilen ist der Ueberzeugung, daß sich die neugeschaffenen Gewerbegerichte soerheblich besser bewähren werden, als unsere sogenannten ordentlichen Gerichte, daß sie diesen ein Gebiet der Rechtspflege nach dem anderen abdrängen werden.

Der Sozialdemokratie wird dabei die Aufgabe zufallen, dieser Aufsehung unseres Rechtslebens die Wege zu bahnen und unserer alterverwöhnten Rechtsgesellschaft das Grab zu graben, welches dieselbe schon allein an ihnen selbst sich gewiß verdient hat.

Unser Volk aber möge sich dessen bewußt bleiben, daß es auch diesen Schimmer eines neuen Morgenroths auf dem Gebiete unserer nicht mehr zeitgemäßen kapitalverkommenen Rechtspflege der Sozialdemokratie zu danken hat, denn einer der Hauptgründe, welche unsere Gesetzgeber veranlassen, derartige Rechtsinstitutionen zu schaffen, beruht ganz ohne Zweifel in der Absicht, die tiefe und berechtigste Unzufriedenheit der Arbeiter, über die vielen Schwierigkeiten, welche sich der Durchsetzung ihres Rechts entgegenstellten, soweit es eben innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft geht, zu beseitigen, um so auch von dieser Seite her den Sozialdemokraten den Boden abzugraben.

**Wirtschaftlich-soziale Rundschau.**

Der Gewerbe-Inspektor in Köln theilte der dortigen sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung mit, daß er bei Wahlen der Arbeiter in Bezug auf Veränderung von Arbeitsordnungen, soweit solche Wünsche sich auf gelesenen und allgemein rechtlichem Boden bewegen, jederzeit gern bereit sei, vermittelnd zwischen Arbeitern und Unternehmern zu wirken. Auch ersuchte er, ihm von gesundheitsgefährdenden Einrichtungen in einzelnen Fabriken, wie auch von allen berechtigten Klagen über Betriebs- und Arbeitsverhältnisse Mittheilung zu machen; damit er im Stande sei, eingreifen zu können. Um den Arbeitern Gelegenheit zur Anbringung ihrer Klagen zu geben; ist der Gewerbe-Inspektor gerne bereit, Sonntags Morgens eine Sprechstunde in seinem Bureau einzurichten.

London. Der Abtheilungsvorstand des Handelsamts für Arbeitsangelegenheiten hat in seinem letzten Bericht über den Stand des englischen Arbeitsmarkts im Monat Mai folgendes zu melden: Die Zahl der Streiks hat zugenommen. Während sie im April 65 betrug, belief sie sich im Mai auf 93. Darunter ist die Arbeitshetze in der Thonwaarenindustrie, die nur von kurzer Dauer war, eingerechnet. Die Hauptursachen für die vielen Arbeiterstreitigkeiten bilden die besseren Aus sichten in den Baugewerken, wo zur Zeit große Nachfrage nach Arbeitern herrscht. Dies ist im ganzen Lande der Fall, weshalb allein 29 Streiks auf diese Gewerke kommen. Viele Ausstände wurden jedoch mittelst friedlicher Vereinigung beseitigt. Sonst sind am meisten Streiks vorgekommen in folgenden Branchen: in der Tuchwaarenbranche 12; in der Kohlenindustrie 12, in der Textilbranche 15, in der Eisen- und Stahlindustrie 4. Der Rest der Streiks vertheilt sich auf die übrigen Industrien.

**Wie man früher Meister wurde,**

das schildert in recht erbaulicher Weise ein „Hamburger Kunstgenosse“ in der „Deutsche Worte“ wie folgt: „Es möchte scheinen, als ob seit der Festsitzung der alten Kunstfertigkeit schon Jahrhunderte vergangen wären; haben sich doch bereits förmliche Legenden über sie herausgebildet. Die alten Kunstmeister umgibt man mit patriarchalischem Heiligenschein, man darrt den angehenden Nieberrang des Handwerks vom Aufhören der Hülfe her, diese sollen der Fort und Fucht und Sitte geweiht sein, man erhebt sie auf das Piedestal einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Muster einrichtung; kurz, man möchte sie gern wieder aufstehen lassen.“

Ich wäre begierig, wie unserer jungen, starken, erbumpannen Eifenkultur diese Zwangsjacke zu Gesicht sehen würde! — Doch ich will nicht polemisieren, sondern durch Thatfachen reden und einige Fälle erzählen, wie man sonst Meister wurde. Vorausgeschickt sei nur, daß diese Fälle keineswegs Ausnahmefälle sind, ich könnte sie hundertweise heranziehen, sofern es nöthig werden sollte; Legenden haben ja bekanntlich ein äußerst zähes Leben.

In einer großen Glaserwerkstatt in einer der größeren Städte Sachsens, wofür ich meine drei Jahre Kunstlehre bestand, arbeitete neben Andrei auch ein halbes Jahrzehnt hindurch ein stiller, nachterner, geschickter und dazu sehr fleißiger Geselle. Der Meister hielt augenscheinlich „große Stücke“ auf ihn, er hatte ihm die erste Werkbank zugewiesen, die am besten Platz aufgestellt war, er gab ihm die Arbeiten für die besten Bauten der Stadt unter die Hände. Seine Fensternahmen waren aber auch so sauber gearbeitet, daß die anderen Gesellen die Irgen nicht gern daneben aufstellen. Am Tisch sah er obenan, und in der Werkstatt vertrat er oft genug den Meister. Dabei war er ein wirklich vortrefflicher Mensch, doch das gehört nicht zu unserer Sache.

Er hatte sich gegen 400 Thaler im Laufe einer zwölfjährigen Gesellenzeit erspart, und oft hörte ich von ihm: Das würde gerade zureichen zum Meisterwerden, aber zum Anfang bleibt mir nichts — und er arbeitete und warte weiter. Da lernte er ein Mädchen kennen, die ebenfalls einige hundert Thaler besaß, und die sie ihm zur Selbstständigmachung gerne überließ; wünschte sie doch auch, womöglich bald Frau Meisterin zu sein. In frühlicher Stimmung auf einem Glaserball äußerte der glückliche Geselle zuerst seine Absicht, in der Stadt als Meisterarbeit aufzutreten zu wollen. Mit einem Schlag war er damit der natürliche Feind sämtlicher hiesigen Meister der Stadt geworden, die sich plötzlich, ohne jede Veranlassung in ihrem Monopol bedroht sahen.

Was? Dieser Schneiderei, dem man's Vater unzer durch die Vaden bloßen kann, dieser Schellenberger, dieser Strahwinler will in unserer Stadt Meister werden? Was fällt dem Menschen ein? Er soll nach seinem Nest Schellenberg gehen, wo er geboren ist!

Das waren ungefähre die Verurtheilungen, mit denen die enthränteten Männer die unliebame Nachricht aufnahmen, und sie sprachen dieselben nicht etwa heimlich aus, sie schlugen dabei auf die Tische, daß es der ganze Saal hören konnte. Um anderen Morgen fand der „tühne Mensch“ seinen Zettel, das heißt seine Entlassung, auf der Werkbank.

Die rührige Fabrikstadt baute zu jener Zeit mit febrilster Energie, in allen Werkstätten lürmten und trachten Hobel und Sägen, daß es eine Lust war, der schlimmste Plünder fand Arbeit und Verdienst — nur unter Meisterkandidat klopfte vergebens um Beschäftigung an: man verdamnte ihn „von der Schnur“ zu leben. Der Geselle drang nun darauf, daß ihm unbedingt das Meisterstück ausgegeben werden müsse und geistlich waren die Meister auch gezwungen, in einem Extraquartal zusammenzutreten; aber sie wußten es doch zu verzögern und so kam es; daß der Geselle in das erste, von der Sparrasse entnommene Hundert schon ein festes Loch gefressen hatte, ehe er nur erfahren konnte, welche Aufgabe ihm zufallen würde. Endlich bestimmte man das zu liefernde Meisterstück.

das nach dem Verkommen von einer Anzahl von Schmeißern, die der Kandidat zu bezahen hatte, gemacht werden mußte. Er, der Rahmenmacher, sollte eine Kunstglaserarbeit, ein schwieriges Meisterstück, verfertigen, eine Art Scheibenmodell in Weirahmen. Solche Arbeiten sind Spezialitäten. Im Mittelalter waren sie wohl allgemeiner, als man die großartigen Kirchenbauten errichtete, in den späteren Jahrhunderten jedoch wurden sie eine völlig drohtlose Kunst, gerieben also in Verfall, und jetzt hatten sie sich als Heberberuf in einige Kunstglaserwerkstätten zu Nürnberg, Wänden und Kittau geteilt. Sonst bekam im weiten Deutschland ein Lehrling kaum ordentliche Arbeit zu Gesicht, hatte also gar keine Gelegenheit, diese zu erlernen, am allerwenigsten aber Kunstglaserlei.

Der Kandidat erhob Einspruch gegen diese unbillige Zumuthung, er begehrte eine Prüfung in der Rahmenmacherarbeit allein, weil dies das Handwerk sei, welches er erlernt habe. Nach gerauerer Zeit verwarf die Meißner in einem dritten Quartal, welches dem Gesellen abermals 3 Thaler kostete, den Einspruch; sie stützten sich auf eine uralte Zunftbestimmung, nach welcher es ihnen freistand, den Kandidaten als Rahmenmacher oder als Kunstglaser oder wohl gar als beides zu prüfen. Diese Bestimmung wäre natürlich auch für den besten Kunstglaser gefährlich geworden, sobald er nur ein Auswärtiger war.

In einem vierten Kunstglaserquartal machte der Gesell ebenfalls eine alte Zunftbestimmung geltend, die besagte, die Meißner dürfen kein Meisterstück fordern, das nicht verkauft werden könne. Dienen Schlag wehrte die Meißnerschaft damit ab, daß sie einstimmig erklärte, das Meisterstück für die Zunft anzufaufen zu wollen.

Jetzt blieb dem nur 30jährigen Manne nichts übrig, als noch einmal in die Lehre zu treten. Er suchte einen auswärtigen Kunstglaser auf und ließ sich, indes er immer von seinem Erbschaften zehrte, 1 1/2 Jahr in der Meißnerarbeit. Als er zurück in die Stadt kam, holte er sich das letzte Quäntchen von der Erbschaft. Seine Frau schloß ihr kleines Vermögen dazu. Neue Quartale wurden ausgeliehen, die Schammeister traten zusammen, der Gesell begann sein Werk, stellte es in etwa vier Wochen fertig, das Schlussquartal sah zu Gericht und erklärte den selbigen, geschickten Mann für einen - Pflücker, der nicht würdig sei, in ihre Zunft aufgenommen zu werden.

Das Meisterstück war freilich wirklich kein Meisterstück. Sein Lehremeister darin, hatte ihm schon gesagt, seine harten, verchristeten Hände seien gar nicht mehr geeignet, solche penible Arbeit liefern zu können, er aber hatte es für eine Ehrensache gehalten, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben.

Arbeitslos, verarmt, mit dem Stachel im Herzen, als Pflücker erklärt zu sein und mit dem quälenden Gedanken, seine Frau um das Jähre gebracht zu haben, verließ er die Stadt und hing in einem Kirchhofwinkel wieder von vorne an zu sparen.

Für die Zunftschwärmer bin ich im ersten Fall zu Ende, für die aber, die an dem Gesicht des Mannes scheinbar, sei hingeküßelt, daß das Jahr 1869 mit seiner erkämpften Gemeinberechtigung dem betrogenen Manne die Thore der Stadt öffnete, und mit einer herzerhebenden Bemuthung kann ich berichten, daß er dort ein angesehenes, wohlhabendes Bürger und Meister wurde. Jetzt sind an demselben Ort statt der ehemaligen sieben Monopolmeister gegen 40 selbstständige Glaser ihr auskömmliches Brot finden und wohlhabend geworden sind."

**Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

**In Rauenburg** ist nach lässentlichem Kampfe der Streit der Maurer für die Streikenden strengt beendigt worden. Die Meister haben die Forderungen der Gesellen, nachdem dieselben etwas ermäßigt worden sind, durch Unterschritt bewilligt. Statt der verlangten 40 1/2 Stundenlohn, sollen 37 1/2 (bisher 35 1/2) gezahlt werden. Die verlangten 30 1/2 Randgeld pro Tag sollen nicht schon bei 2 1/2 Kilometer von Rauenburg entfernter Landarbeit, sondern erst bei 3 1/2 Kilometer gezahlt werden. Ohne Weiteres bewilligt wurde die Forderung, wind- und wasserdicke Bauarbeiten, sowie den sanitären Anforderungen entsprechende Aborte bei Bauten zu errichten, ferner die Lieferung resp. die Zahlung einer entsprechenden Entschädigung für zum Weichen auf Neubauten notwendige Quaste. Auch die Lohnzahlung auf Neubauten wurde den Forderungen der Gesellen entsprechend genehmigt.

**Der Streit der Maurer in Coblenz** ist in ein für die Gesellen günstiges Stadium getreten. Zwei Meister haben sich schriftlich verpflichtet, nicht nur den bisher üblichen Stundenlohn, der zwischen 80 bis 83 1/2 schwankte, zu zahlen, sie zahlen vielmehr jetzt noch 1 1/2 über den Normallohn hinaus, also 84 1/2. Die Zahl der Streikenden hat daher auch erheblich abgenommen. Die übrigen Meister scheinen zu der für sie richtigen Erkenntnis gekommen zu sein, daß, wenn sie noch länger auf ihrer hartnäckigen Ansicht, den Lohn herunter zu drücken, beharren, sie den Kürzeren ziehen. Die Zunftung hatte daher die Lohnkommission zum Sonntag, den 10. d. M., zur Verhandlung eingeladen. Die Unterhandlung hat stattgefunden, hatte aber, wie uns mitgeteilt wird, keinen Erfolg.

Die Zunftungemeinder en gros, mit welchen die übrigen Unternehmer ziemlich Hand in Hand gehen, beharren consequent bei ihrer Lohnreduktion. Dagegen hat sich wiederum ein Meister mit den übrigen in Abrede gebracht und nicht allein die bisherigen Arbeitsbedingungen anerkannt, sondern ebenfalls noch 1 1/2 pro Stunde Zuschlag bewilligt. Es zahlen also jetzt 3 Unternehmer 34 1/2 Minimallohn die Stunde. Mit den übrigen Meistern ist weniger zu rechnen, da dieselben ihren Bauten, wenn sie auch Schäden erleiden, bis zum nächsten Frühjahre hinausschieben können.

Anfangend die Beschäftigung von Strafgefangenen auf den Bauten wird uns mitgeteilt, daß 7 Gefangene bei einem Wasserbau der Stadtmühle seit dem 22. Juni Tag für Tag beschäftigt werden. Dieselben arbeiten

täglich 10 Stunden unter Leitung eines Zimmerers und der Kontrolle eines Aufsehers. Auf die von den Streikenden beim Justizminister gegen dieses Vorgehen der Gefängnisverwaltung eingeleitete Beschwerde ist den Beschwerdeführern durch den Oberstaatsanwalt in Steintin, welchem die Beschwerde vom Justizministerium zur Erledigung überwiesen war, am 7. Juli folgender Bescheid zugegangen:

"Auf Ihre an den Herrn Justizminister gerichtete und an mich abgegebene Beschwerde vom 22. Juni d. J. eröffne ich Ihnen, daß ich unter den mir von dem dortigen Herrn Ersten Staatsanwalt vortragenen Umständen das Verfahren des Letzteren nicht missbilligen kann."

Der Oberstaatsanwalt.  
Geheim Oberjustizrat J. Alge."

Unsere Ansicht über diese Maßnahmen haben wir in einem besonderen Artikel, Strohschlagens gegen Frei- Arbeiter" in dieser Nummer behandelt und verweisen wir hiermit auf denselben.

**Aufgehobenes polizeiliches Verbot, betretend die Abhaltung einer Vereinsfestlichkeit.** Die Rahlstede Minneberg des Centralverbandes der Maurer Deutschlands beabsichtigte, ein Tanzvergnügen abzuhalten und wurden zu diesem Zweck Karten auch an Nichtmitglieder herausgegeben. Die Polizeibehörde in Minneberg verbot das Fest, weil sie annahm, daß durch den Verkauf der Karten auch an Nichtmitglieder daselbst der Charakter eines öffentlichen Tanzvergnügens annehme. Der Maurer E. König als Bevollmächtigter der Rahlstede wandte sich beschwerdeführend an den zuständigen Landrath, wurde aber von diesem abgewiesen mit der Begründung, daß die Rahlstede ein selbstständiger Verein sei, indem der Vorstand in Hamburg domicilire. Die Regierung in Schleswig, an welche sich nunmehr der Beschwerdeführer wandte, hat jedoch das Verbot als nicht zu Recht erlassen aufgehoben und die Abhaltung des Vergnügens genehmigt.

**Zur jüngsten Buchdruckerstreik in Berlin** hat die Berliner Streikkommission nach ihrem Geschäftsberichte an Untersuchungen A. 384.901 vorausgeschickt. Es wurden 2118 Verurtheilungen unterstellt. Dazu kamen noch Unkosten für die Befragung der Bahnhöfe zur Abhaltung von Zugung A. 1720, Druckkosten A. 2830, Kosten der Streikkommission A. 1425. An Beiträgen sind eingegangen von Zugung in der Norddeutschen Verlagsanstalt (Norddeutsche Allgem. Zeitung) A. 11.489, des "Vorwärts" A. 2123, der "Post" A. 6335. Im Ganzen haben die Buchdrucker in Berlin selbst aber nur A. 67.939 aufgebracht. Von ausländischen Beiträgen gingen unter Anderem ein aus Oesterreich-Ungarn A. 39.864, aus England A. 59.045, Amerika A. 21.134, aus der deutlichen Schweiz A. 3077, im Ganzen aus dem Auslande A. 133.869.

**Ein außerordentliche Generalversammlung des Untersuchungsvereins deutscher Buchdrucker** tagte Ende d. M. in Stuttgart. Nach dem Geschäftsberichte, den Herr Landts erstattete, hat die Central-Invalidenliste einen sehr günstigen Stand. Das Vermögen derselben beträgt gegenwärtig circa A. 1.100.000; Invaliden sind jetzt 290 vorhanden, welche täglich mit A. 1 unterstutzt werden. Die sich hieran anschließende Diskussion ergab die Anschauung, daß die Generalversammlung den Vergleich als nicht für sie bindend betrachtet, wohl die Gründe anerkennt, welche den Vorstand zu dessen Abschluß bewegen, aber im Uebrigen sich freie Hand über alle zu lassenden Verhältnisse vorbehält. Die Debatte über die Frage, betreffend die Weiterexistenz der Kasse, war eine sehr lange und gründliche. Derselbe ergab die fast einstimmige Ausrufung, daß die behördlichen Chikanen der letzten Jahre sowohl, als auch die während des Streiks auf Veranlassung der Prinzipale gegen die Kasse ausgeführte Gewaltthat eine Veränderung notwendig mache. Die Auflösung der Invalidenkasse und Verlegung der Arbeitsstätten (Invaliden) unterstutzung in den Gewerbetrieben wurde von fast allen Rednern für notwendig erklärt, nur machte sich hierzu der Mangel einer Wählungsbestimmung im Statut fühlbar.

Während einige Redner für sofortige diesbezügliche Veränderung einzutraten, fand sich die Majorität in dem Antrag zusammen, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Statuts zu wählen, in welchem bestimmte Normen für eine etwa spätere zu vollziehende Auflösung der Kasse resp. Uebertragung deren Leistungen auf den Gewerbetreibenden einzufügen seien. Es wird demnach die Invalidenkasse in der seitigeren Form weiterbestehen.

**Statistik im Drechslergewerbe.** Von der Organisation der deutschen Drechslerarbeiter werden für dieses Jahr neue statistische Aufnahmen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe vorbereitet. Diese Aufnahmen sollen sich über möglichst weite Gebiete des deutschen Reiches ausdehnen. Wir machen deshalb alle Genossen auf dies wichtige Vorhaben der Drechslerorganisation aufmerksam, mit dem gleichzeitigen Ersuchen, daselbe, wo angänglich und möglich, nach besten Kräften zu unterstützen. Sie können dies, indem sie bestimmte im Drechslergewerbe beschäftigte Arbeiter, welche ihrer Organisation noch nicht angehören, zu bestimmen suchen, sich Fragebogen für diese Statistik schicken zu lassen, oder aber, indem sie die Adressen dieser Arbeiter der statistischen Kommission der Drechsler, welche die Fragebogen bis zum 1. August d. J. versendet, umgehend mittheilen. Fragebogen für diese Kommission sind zu richten an P. Holzhausen, Halle a. S., Hirtengasse 15, I. Et.

**Gewerkschaftliche Kongresse.** Der dritte österreichisch-ungarische Tagestag findet am 14., 15. und 16. August in Budapest statt. Die vorläufige Tagesordnung des Tagestages ist folgende: 1. Bericht über den Stand der Organisationsbewegung der Tischler. 2. Die fernere Entwicklung der Organisation. 3. Die Fachpresse. 4. Die achtstündige Arbeitszeit und der 1. Mal. 5. Stellungnahme zum österreichisch-ungarischen Sozialtagestag. 6. Lohnbewegung und Vereinigungsrecht. 7. Anträge. Eindrücke sind die Redaktionen "Arbeitslosk szakkapja", "Bubapost", "Trularske Listy", "Prolog" und "Tischler-Zeitung", Wien. Derselben findet am 14. und 15. August der zweite österreichisch-ungarische Drechsler Tag in Wien statt.

**Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1891.**

In der in der letzten Nummer unseres Blattes veröffentlichten tabellarischen Uebersicht sehen die Angaben über die Organisationen der Vergleute (Metzger, Bergleute (Saarrevier), Dachbeder, Gasarbeiter, Maler, Porzellanmaler, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Tapezierer und Graveure. Einzelne dieser Organisationen sind erst in neuerer Zeit gegründet und können dieselben daher über ihre Verhältnisse noch keine Auskunft geben, andere haben die statistischen Bogen nachträglich eingelebt und werden diese noch Verwendung finden, da noch eine Zusammenstellung der Organisationen nach Industriezweigen erfolgen soll. Nur bei den Dachbedern, Porzellanmalern und Graveuren ist nicht bekannt, welche Gründe vorliegen, der Kommission die überene Auskunft nicht zu geben. Wir müssen uns auf die in der Tabelle gegebenen Zahlen beschränken, wenn wir Schlüsse aus den gemauerten Resultaten ziehen wollen. Wir bemerken bereits, daß die in der Tabelle gemachten Angaben über die Zahl der in den einzelnen Berufen beschäftigten Arbeiter keinen Anspruch auf Genauigkeit machen können, da das uns hierfür zur Verfügung stehende Material theils veraltet ist, andererseits aber verschiedene Berufe, für die besondere Organisationen bestehen, zusammen angeführt waren und die andererseits Zahl erst nach den Angaben der Organisationen an gerechnet werden mußte. Voraussetzlich werden wir bei der nächsten statistischen Zusammenstellung genauere Zahlen bieten können, da bis dahin die Ergebnisse der Vervollständigung im Deutschen Reich von 1890 veröffentlicht sein werden. Nach den für diese Statistik gegebenen Zahlen der in den einzelnen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter stehen die Organisationen in folgender Reihenfolge: Es sind nach Prozenteu der in den einzelnen Berufen beschäftigten Arbeiter organisiert: Hügler 0,2, Zerglarbeiter 0,7, Bäder 1,1, Selbstständige Barbierer 1,5, Holzarbeiter (Häcksler) 1,6, Bauarbeiter (Häcksler) 1,7, Müller 1,7, Seilmacher 2,2, Brauer 2,4, Steinmetzen 2,9, Maurer 3,5, Pflanzentiere 3,9, Glasarbeiter 3,9, Schmiede 3,1, Gärtner 3,7, Barbiergehülften 3,8, Konditionen 4,1, Sattler 4,5, Former 5,5, Vogelhüter 6,5, Musikinstrumentenarbeiter 6,5, Seltner 6,5, Gasenarbeiter 6,6, Zimmerer 6,1, Schneider 6,4, Metallarbeiter 6,9, Drechsler 9,1, Tischler 10,9, Buchbinder 10,6, Goldarbeiter 11,1, Bergarbeiter 11,1, Korbmacher 14,1, Steinleher 17,1, Büstenmacher 18,1, Schiffszimmerer und Werftarbeiter 18,1, Tischler 18,1, Böttcher 19,1, Glaser 20,1, Futtmacher und Kürschner 20,1, Lithographen 23,1, Vergleute (Saalen) 26,1, Formenstecher 27,5, Stukkateure 31,1, Zigarrenretter 32,5, Kupfer schmiede 37,1, Buchdrucker 53,1, Bildbauer 59,1, Weingärtner 67,1, Glaserhandwerker 76,7.

In den uns zur Verfügung stehenden statistischen Angaben waren die Zutmacher und Kürschner, Schiffszimmerer und Werftarbeiter in einer Berufsgruppe angeführt, während bei den Drechslern eine Reihe anderer Berufe, die sonst nicht zu dieser Gruppe gezählt zu werden pflegen, mit einbezogen sind. Vog- und Wehgerber und Handtuchmacher stehen in einem Berufe angeführt und sind die Zahlen für die einzelnen Branchen nach Angabe der Organisationen berechnet und gelten bei den Wehgerbern und Handtuchmachern jedenfalls nur für die gelebten Arbeitskräfte. So mangelhaft auch die Grundlagen für diese Berechnung sein mögen, so können wir aus der Zusammenstellung doch ersehen, daß die Organisationsverhältnisse überaus traurige sind. Nur in vier Berufen ist mehr als die Hälfte der beschäftigten Arbeiter organisiert, in dreien mehr als ein Drittel und in fünf mehr als ein Fünftel. Von den in der Statistik angeführten 8.079.698 in den verschiedenen Berufen beschäftigten Arbeitern sind nur 178.664 gleich 2,2 p. Ct. organisiert. Hoffentlich wird diese Erkenntnis dazu beitragen, daß die Gewerkschaften energischer die Agitation betreiben, um die Stärke der Organisation einigermaßen in ein Verhältnis zu den im Berufe beschäftigten Arbeitern zu bringen. Die Beiträge sind, wie schon oft von unserer Seite betont worden ist, in fast allen Organisationen zu niedrig. Sie stehen in keinem Verhältnis zu den Aufgaben, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben, in keinem Verhältnis zu den Anforderungen, welche die Mitglieder an die Organisation stellen. Es wurden an Wochenbeiträgen bezahlt:

In 1 Organisation	4 1/2 %
1	6
2	6
3	7
1	8
3	8 1/2
7	10
4	11 1/2
1	14
2	10-16
15	16
1	17
1	10-20
2	20
2	25
1	10-30
1	25
1	45
1	60

In 4 Organisationen wird den Mitgliedern für einen Wochenbeitrag von weniger als 10 1/2, in 4 für einen Beitrag von 10 1/2 pro Woche das Verbandsorgan gratis geliefert. Dasselbe geschieht in 6 Organisationen bei einem Wochenbeitrag von weniger als 15 1/2, während die Mitglieder das Verbandsorgan in 15 Organisationen gratis erhalten, die 15 1/2 Wochenbeitrag erheben. Auffallend ist, daß die Organisationen, welche einen höheren Beitrag erheben, das Verbandsorgan von den Mitgliedern im Abonnement beziehen lassen, wogegen dann hier allerdings eine Arbeitslosen- oder höhere Meistenerhöhung gezahlt wird. Ein Theil der Verbandsorgane, welche den Mitgliedern gratis abgegeben werden, trotz

dem ein Wochenbeitrag von weniger als 15 A gezahlt wird, erachtet jede Woche. Wenn man berücksichtigt, daß die Organisationskostenunterstützung zahlen, für Agitation Geldmittel aufwenden und auch die Verwaltungskosten gedeckt werden sollen, so muß unbedingt zugestanden werden, daß die Organisationen bei betriebligen Beiträgen nicht leistungsfähig sein können. Die Klagen darüber, daß die Organisationen in finanzieller Beziehung ungenügend seien, ist ganz natürlich, denn wenn die Mitglieder so hohe Anforderungen an die Gewerkschaft stellen und sie stellen berechtigt sind, dann müssen auch die Gegenleistungen dementsprechend eingerichtet werden. Auf dem Kongress wurde vor der vorberichtigten Tendenz der hohen Beiträge gewarnt. Mindestens ebenso gefährlich ist die Tendenz, einen großen Kreis von Mitgliedern für die Organisation durch niedrige Beiträge zu gewinnen zu können und dann diese Mitglieder nicht halten zu können, weil die Organisation den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden kann. Man mag einwenden, daß die wirtschaftliche Lage eines Teiles der Arbeiter so unangünstig ist, daß es schwer möglich wäre, höhere Beiträge für die Organisation zu erhalten. Dem muß jedoch entgegengehalten werden, daß es sich bei dieser Ausgabe um die eigenen Interessen der Arbeiter handelt.

Man muß den Kreisern, die man für die Organisation gewinnen will, klar zu machen machen, daß nur ein unversöhnlicher Kampf gegen das Unternehmertum eine Besserung der Lage des Arbeiters herbeiführen kann und daß dieser Kampf um die Existenz ebenso wie jeder andere Kampf Opfer fordert. Dem Arbeiter, der diese Erkenntnis gewonnen, werden die Beiträge nie zu hoch sein, er wird die notwendigen Opfer selbst mit Aufbietung aller Entbehrungen bringen, denn er weiß, daß dies in seinem eigenen Interesse geschieht, daß ihm durch Erhöhung des Lohnes, Verringerung der Arbeitszeit, die gewährten Opfer reichlich ersetzt werden. Es muß allgemein von den Gewerkschaften darauf hingewirkt werden, daß die Beiträge, wie dies auch der Halberstädter Kongress empfohlen hat, dementsprechend formuliert werden, daß die Gewerkschaft in der Lage ist, ihre Aufgaben erfüllen zu können. Es wird behauptet, daß die schlechtesten Arbeiter, so besonders die der Nahrungsmittelindustrie, nicht zu bewegen sind, hohe Beiträge zu bezahlen. Demgegenüber können wir anführen, daß die Müller, die doch mit am ungünstigsten in ihren Verhältnissen stehen, einen Wochenbeitrag von 17 A zahlen und daß ein Mitglied des Verbandes, das nach seiner eigenen Schilderung mit zahlreicher Familie in den traurigsten Verhältnissen lebe, sich ganz energisch gegen eine geplante Herabsetzung der Beiträge erklärte. Es wird wesentlich darauf ankommen, daß die Leiter der Organisationen mit der vorberichtigten Tendenz zu brechen beginnen, durch mehrere Beiträge der Mitglieder gewinnen zu wollen, dann werden auch die Mitglieder dieser Auffassung folgen. Man muß einen Beitrag von 15 A pro Woche als einen minimalen bezeichnen und doch werden in 25 Organisationen weniger als 15 A pro Woche bezahlt.

Wenn die Organisationen neben den regelmäßigen Mitgliederbeiträgen nicht noch andere Einnahmen hätten, so würden sie unter keinen Umständen existenzfähig sein. Es werden deshalb auch in den meisten Gewerkschaften in verschiedener Form Extrabeiträge erhoben. So werden bei den Maurern in den Sommermonaten, je nach dem Arbeitsverdienst des Tages, an welchem das Mitglied beteiligt ist, 20 A bis 1 A an Extrabeiträgen erhoben. Bei den Zimmerern zahlen die Mitglieder von jeder Raft Arbeitsverdienst von Woche 1 A an den Verbandsschatz. In allen Gewerkschaften werden mehr oder weniger freiwillige Beiträge für Agitation, Generalversammlungen usw. erhoben. Trotz dieser Extrabeiträge stellt sich die Jahresrechnung, in die auch die Eintrittsgelder mit einbezogen sind, in den meisten Organisationen, im Verhältnis zu den Beiträgen, die die Mitglieder statutarisch zu leisten hatten, recht ungünstig. Die nachstehend genannten Zahlen werden zwar nicht genau das wahre Verhältnis angeben, weil in einzelnen Organisationen als Jahresrechnung nur die Einnahme der Hauptkassas angegeben ist, demnach die in den Verwaltungsstellen der betreffenden Prozesse nicht zur Verrechnung kamen. Doch dies hat nur vereinzelte Fälle. Andererseits sind einzelne Organisationen erst in letzter Zeit gegründet und sind bei der Berechnung die am Schluß des Jahres vorhandenen Mitglieder angenommen, während tatsächlich nicht alle für ein ganzes Jahr Beitrag bezahlt haben. Diese Berechnung wird also weniger für die gegenwärtige Statistik von Wertung sein, als vielmehr zum Vergleich für die in den nächsten Jahren aufzunehmende dienen. Immerhin können wir uns durch diese Berechnung ein Bild davon verschaffen, wie die Mitglieder in den einzelnen Organisationen zur Beitragsleistung herangezogen werden und wie sie ihre Beitragspflichten erfüllen. Nachstehend geben wir eine Uebersicht darüber, wie viel in den einzelnen Organisationen pro Kopf der Mitglieder zur Jahresrechnung beigetragen worden ist. In Klammern steht das letzte Jahr, die nach den statistischen Beitragsbüchern von dem Mitgliede hätte geleistet werden müssen.

- Bader M. 2,3 (3,60), Fabrikarbeiterinnen M. 1,94 (2,40), Bankarbeiter M. 1,51 (3,60), Steinmetzen M. 2,07 (1,80), Fabrikarbeiter M. 2,08 (4,80), Bergleute (Sachsen) M. 2,27 (2,80), Formschneider M. 2,47 (5,20), Holzarbeiter M. 2,55 (4,80), Kormacher M. 2,55 (5,20), Büchsenmacher M. 2,70 (6,00), Buchbinder M. 3,07 (3,60), Polamentier M. 3,09 (3,00), Werftarbeiter M. 3,21 (7,50), Wolbarbeiter M. 3,35 (5,20), Schiffsinstrument M. 3,53 (5,20), Biegl M. 3,60 (5,20), Musikinstrumentenarbeiter M. 3,60 (5,20), Buchbinder M. 3,83 (6,00), Lithographen M. 3,93 (7,80), Schneider M. 4,00 (7,80), Messer M. 4,26 (4,20), Zimmerer M. 4,29 (5,20), Lovier M. 4,38, Buchbinder M. 4,40, Pflasterer M. 4,55 (6,00), Müller M. 4,70 (8,00), Barbier M. 5,35 (7,80), Schneider M. 5,38 (7,80), Häutler M. 5,51 (7,80), Sattler M. 5,57 (7,80), Bergarbeiter M. 6,13 (7,80), Feiler M. 6,43 (7,20), Tischler M. 6,66 (7,80), Schneider M. 6,91 (7,80), Holzgerber M. 7,47 (7,80), Tischler M. 7,12 (6,00), Stellmacher M. 7,51 (7,80), Glasarbeiter M. 8,43, Bildhauer M. 10,89 (18,20), Kupfermeister M. 11,00 (10,40), Zigarrenfabrikanten M. 13,53 (13,00), Weißgerber M. 13,72 (10,40), Glaspandenschub-

macher M. 14,56 (13,00), Buchdrucker M. 20,58 (26,00), Gutmacher M. 23,33 (20,80), Förner (Einnahme nur für das 4. Quartal 1891) M. 1,88 (1,95), Maurer für 6 Monate) M. 4,04 (2,60), Metallarbeiter für 5 Monate) M. 2,36 (3,15).

In den Organisationen, welche eine Jahresrechnung angeben haben, befinden sich 130 505 Mitglieder. Gegenüber der hierbei zur Verrechnung kommenden Jahresrechnung von M. 1 010 612 ergibt sich eine durchschnittliche Beitragsleistung der Mitglieder und Jahr von M. 7,74. Wir weisen nochmals darauf hin, daß die gemachte Berechnung nicht genau das wahre Verhältnis der Beitragsleistungen in den Organisationen angeben kann, dies wird erst gesehen, wenn weitere Statistiken gezeigt haben, ob der Mitgliederstand in den einzelnen Gewerkschaften ein konstanter oder wechselnder ist. Jedoch sehen wir aus dieser Zusammenstellung, wie minimal die Leistungen der Mitglieder in einer ganzen Zahl von Organisationen ist, während demgegenüber in wenigen Berufen verhältnismäßig enormes für die Gewerkschaften geleistet wird. Natürlich ist, wie eine spätere Zusammenstellung zeigen wird, daß auch die Arbeitslöhne in den Berufen, in welchen mehr für die Organisation geleistet wird, auch höhere sind. Doch wäre jedenfalls die Meinung falsch, daß die höhere Beitragsleistung eine Folge des höheren Verdienstes ist. Umgekehrt ist das Verhältnis; das zeigt die Geschichte der befristeten Organisationen. Weil die Berufsangehörigen von vornherein erkannt hatten, daß nur durch vorher zu bringende Opfer die Organisation so gestaltet werden kann, daß sie an die Arbeitsbedingungen einzuwirken vermag, so brachten sie diese Opfer und haben es infolgedessen vermocht, die Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß den einzelnen Berufen eigentümliche, der Organisation günstige Verhältnisse mit dazu beigetragen haben, den Kampf zu erleichtern; trotzdem aber kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Leistungsfähigkeit der Organisation bei den Verbesserungen ausschlaggebend war.

Die tatsächliche Beitragsleistung der Mitglieder stellt sich gegenüber der Leistung, die nach den statistischen Bestimmungen vorhanden sein müßte, in allen Organisationen außerst ungünstig. Nur in 10 Organisationen wurde mehr von den Mitgliedern aufgebracht, als nach den Beitragsbüchern gefordert wurde. Hier resultieren die Mehreinnahmen aus den Eintrittsgeldern und Sammlungen für Agitation resp. Extrabeiträgen der Mitglieder, weil die Einnahmen mit den Ausgaben nicht in gleichem Verhältnis standen. In einigen Organisationen sind diese Mehreinnahmen durch Beitragsleistung der Mitglieder für Streikwende entstanden. In diesen Gewerkschaften werden die Streikunterstützungen aus der Zentralkasse bezahlt. In den meisten Organisationen werden die Streikunterstützungen durch besondere Sammlungen aufgebracht. Eine Uebersicht über diese Einnahme fehlt fast vollständig. Vor allen Dingen kann, wie gegenwärtig die Verhältnisse in den Organisationen liegen, nicht ermittelt werden, wie viel von den Berufsangehörigen oder den Arbeitern an den Orten, wo Ausstände vorkamen, für Streikwende aufgebracht worden ist. Und diese Summe dürfte, wohl den Hauptteil der Unterhaltungen ausmachen. Soweit uns Zahlen zur Verfügung stehen, beziehen sie sich auf die bei der Zentralkasse eingegangenen Gelder. Hiernach sind, neben den Aufwendungen für diesen Zweck, aus den Verbandskassen circa M. 450 000 für Streik im Jahre 1891 ausgegeben worden. Eine Statistik über die, in den Jahren 1890, 91 vorgekommenen Streiks wird hierüber Auskunft geben und werden wir dieselbe veröffentlichen, sobald das erforderliche Material zur Stelle ist. Berücksichtigt man, daß das letzte Jahr ziemlich reich an Streiks und zwar Abwehrstreiks, war, wodurch die Kräfte der organisierten Arbeiter stark in Anspruch genommen worden sind, und zieht man ferner in Erwägung, daß Arbeitslosigkeit es vielen Mitgliedern unmöglich machte, die Beiträge zur Organisation zu zahlen, so wird man es erklärlich finden, daß die Leistungen in den Organisationen weit hinter dem zurückblieben, was hätte geleistet werden müssen. In fast allen Organisationen sind die arbeitslosen Mitglieder von der Zahlung des Beitrags entbunden. Es ist demnach falsch, wenn man aus der Einnahme an Beiträgen und dem zu leistenden Beitragsfuß die Zahl der in der Organisation vorhandenen Mitglieder ausrechnen wollte.

So wenig günstig diese Berechnungen für die Organisationen ausfallen, so müssen wir sie doch veröffentlichen, um die Mitglieder anzuspornen, ihren Pflichten gegenüber der Organisation nachzukommen, selbst wenn es Einzelnen bei den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer fallen sollte. („Correspondenzblatt.“)

### Strafgefangene gegen freie Arbeiter.

In der letzten Nummer unseres Blattes theilten wir mit, daß in Köln in der Justizbehörde gegen die zu einem Abwehrstreik gesungenen dortigen Maurer Partei nimmt, indem sie die Beschäftigung von Strafgefangenen aus dem dortigen Zentralkassengebiet bei Bauarbeiten gestattet. Es ist das ein bedauerlicher Eingriff in die wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit, der die schärfste Kritik herausfordert. Daß man gelegentlich, um streikenden Arbeitern den Erfolg zu bereiten, den Unternehmern die Arbeitskraft von Soldaten zur Verfügung gestellt hat, ist bekannt. Aber daß Strafgefangene gegen die Rechte und Interessen streikender Arbeiter dem Unternehmertum dienstbar gemacht werden, diese Art von bedauerlicher „Sozialreform“ ist noch neu. Wir haben dagegen bereits schärfsten Protest erhoben und möchten denselben etwas näher begründen.

Nach der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung ist keine Behörde befugt, sich in den Interessenkampf, der beständig zwischen Kapital und Arbeit ausgefochten wird, einzumischen, es sei denn, daß die Gesetze verlegt werden. Die Freiheit dieses Kampfes ist in der Rechtsordnung anerkannt. Derselbe räumt dem Arbeiter das Recht ein, den Preis seiner Arbeit zu bestimmen, überhaupt möglichst günstige Arbeitsbedingungen

zu erlangen; und damit er, welcher dem Unternehmer gegenüber der wirtschaftlich Schwache ist, mit Aussicht auf Erfolg die Rechte überlassen kann, ist ihm die Koalitionsfreiheit gleichgültig, umgekehrt, von der er beim Streit Gebrauch macht. Nach derselben Rechtsordnung sind die Unternehmer befugt, in ihrem Sonderinteresse den Arbeitern, in möglichst ungünstiger Arbeitsbedingung anzuwerben. Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit kommt ihnen dabei zu Hilfe. Daß sie dieselbe in rücksichtsloser Weise gebrauchen und sich dabei einen, um möglichst viel Profit aus der Lohnarbeit herauszuschlagen, die Löhne zu drücken, die Leistungen der Arbeiter zu erhöhen, brauchen wir bei dieser Gelegenheit wohl nicht näher auszuführen. Ist schon jemals eine gegen diese oft geradezu gemeingefährlich werdende Unternehmerpraxis gerichtete behördliche Einmischung dagewesen? Nein, die Behörden betrachten eine solche Praxis als durchaus „selbstverständlich“ und es fällt ihnen gar nicht ein, im Interesse der Arbeiter Stellung gegen die Unternehmer zu nehmen. Wären diese die Arbeitsbedingungen noch so sehr verschlechtert, die Staatsgewalten lassen es ruhig geschehen. Die Unternehmer würden sich eine etwaige behördliche Einmischung zu Gunsten der Arbeiter auch sehr entschieden verbitten, als einen ungebührlichen Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit. Mit dem wüßtenstärksten würden sie die Welt erfüllen, wenn die Behörden sich bestimmen ließen, streikende Arbeiter in irgend einer Weise zu unterstützen, z. B. dadurch, daß sie denselben für die Dauer des Streiks entsprechend bezahlte Arbeit gewähren. Man würde solche Behörden beschuldigen, Partei für die Arbeiter zu ergreifen und dadurch die „Ordnung“ zu gefährden. Solch ein Fall ist bis jetzt nicht zu verzeichnen gewesen. Wohl aber ist es bezeichnend schon oft vorgekommen, daß, wie schon erwähnt, Militärbehörden an den Unternehmern ermahnt haben, streikende Arbeiter durch Soldaten zu ersetzen. Nicht minder ungerührt ist das neueste behördliche Verfahren, den streikenden Arbeitern Strafgefangene gegenüber zu stellen, in freier Arbeitskräfte. Ein solches Verfahren ist nicht nur geeignet, das Koalitionsrecht der Arbeiter unzulässig zu machen und die wirtschaftliche Anarchie im kapitalistischen Interesse zu fördern, es stellt auch durchaus im Widerspruch mit dem Zwecke des Strafvollzuges und hat überdem eine ganz besondere unmoralische Seite. Unter den Inhaftierten der Strafanstalten sind wohl Viele, die lediglich durch das von der kapitalistischen Wirtschaft über sie verhängte Elend zu Verbrechern geworden sind, die unter dem Zwange unerschulterter Noth, in Zeiten der Arbeitslosigkeit den Wall der Strafgefangenen durchbrochen haben. Wenn Arbeiter herbeigeführt sind, dem Kapital bessere Arbeitsbedingungen abzurufen, wenn sie in einen Streit eintreten, so geschieht es, dem Zwange der Noth zu erliegen, ihn abzuwenden oder ihn zu mildern. Das wollen auch die Köslimer Maurer, die sich wehrend gegen eine von den Unternehmern geplante Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, ihr menschliches und geistliches Recht ausüben. Und in diesem Kampfe kommt eine Justizbehörde den Unternehmern dadurch zu Hilfe, daß sie ihnen Strafgefangene aus dem Straf für die Streikenden überläßt und auf diese Weise die „freie“ Arbeit überwinden hilft.

Befanntlich haben die Köslimer Kollegen sich mit einer Beschwerde an den Justizminister gemeldet. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, wie dieser Herr zu der Beschwerde sich stellt, ob er Remedur hat eintreten lassen oder nicht. Sollte nicht auch für ihn die Erwägung sehr nahe liegen, daß durch behördliche Praktiken der in Rede stehenden Art der vielversprechende „soziale Friede“ keine Förderung erfährt? Daß die Arbeiter verbittert und aufgereizt werden, wenn sie erfahren, daß Behörden mit helfen, ihnen die Wahrung berechtigter Interessen zu vereiteln?

Wenn die Regierung ein solches Verfahren billigen könnte, so würde sie sich nicht zu wundern brauchen über rapides Wachstum des Mißtrauens der Arbeiterkreise gegen sie.

### Die achte Generalversammlung

#### der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

(Sty Altona, E. S. Nr. 7)

tagte vom 4. bis 9. d. Mts. in der Rosenfaterstr. 38 zu Berlin. In einer kurzen Ansprache hieß der Vorsitzende, Themat, die erschienenen 35 Delegierten willkommen und eröffnete die Generalversammlung; derselbe ernannte den Delegierten Wilknitz Berlin zum provisorischen Schriftführer. Sodann wurde zur Wahl einer Mandatsprüfungskommission geschritten. Gewählt wurden die Delegierten Dömelburg-Gamburg, Müller-Berlin, Hagen-Eppendorf, Behrend-Berlin und West-Braunschweig. In die Geschäftsordnungskommission wurden gewählt: Meyer-Gamburg, Kandt-Nosted und Schulz-Rigby, während in die Beschwerdekommission Klingenberg-Berlin, Schulze-Gamburg, Wed-Halle und Silberschmidt-Berlin, gewählt wurden. Nach Verlesung der Mandatsprüfungskommission wurde zur Wahl des Bureau's geschritten; gewählt wurden: Dietrich-Berlin und Kandt-Nosted als Vorsitzende; Müller-Berlin und Silberschmidt-Berlin, Schulze-Gamburg und Stauder-Berlin als Schriftführer, und als Führer der Rednerliste Hagen-Eppendorf und Wilknitz-Berlin. Als Redaktionskommission wurden die Delegierten Meyer-Gamburg und Hübener-Altona ernannt.

Wagow-Gamburg, Vertreter des Ausschusses erstattete hierauf Bericht über die Thätigkeit des Ausschusses. Einleitend bemerkte Heuber, daß seit der letzten Generalversammlung der Ausschuss stets in gutem Einvernehmen mit dem Vorstand gearbeitet habe; es sei daher durchaus nicht in Bezug auf die ganze Geschäftsführung der Kasse Abzweckung zu berichten. Beigeworden seien 43 eingegangen, wovon 3 noch unentledigt, 4 zu

Gunsten und die übrigen zu Ungunsten der Beschwerdeführer entschieden werden müßten.

Hierauf erfolgte der Geschäftsbericht durch den Vorsitzenden Th. H. m. a. r. Derselbe schilderte zunächst die vielen Verhandlungen, welche der Vorstand mit den Behörden durchgemacht gehabt habe, besonders die Klage mit dem Magistrat von Schwerin, welche heute noch nicht erledigt ist; auch hätten in manchen Bahnhöfen Unregelmäßigkeiten geordnet werden müssen.

Nach dem Kassienbericht des Kassirers Meiß wurden am Schluß des Jahres 1890 dem Meißerfonds der Kaffe M. 40 000 zugeführt. Das Jahr 1891 schloß aber mit einem Defizit von M. 6787,21 ab, und es fehlten zur Erfüllung der Pflichten an dem Meißerfonds der Kaffe M. 25 942,91, die eventuell nach den Vorschriften der Generalversammlung beschafft werden sollen.

Bei der hiernach folgenden Beratung über Anträge auf Auflösung der Kaffe trat zunächst der Delegirte H. a. r. t. i. g. Hamburg für Aufrechterhaltung der Kaffe ein, während seitens der Vertreter wie der übrigen Hamburger Delegirten energisch für Auflösung der Kaffe plädiert wurde.

Die Debatte, welche fast 1 1/2 Tage in Anspruch nahm, ergab bei der Abstimmung das Resultat, daß 21 Stimmen für und 14 gegen Auflösung der Kaffe stimmten. Die Kaffe bleibt also bestehen; da laut Statut Vierfünftel-Majorität zur Auflösung erforderlich ist, wurden einstimmig abgelehnt.

Es wurde nun in die Beratung über das alte Statut eingetreten, welches bis ultimo 1892 in Kraft bleiben soll, während vom 1893 ab ein neues Statut in Kraft treten wird.

Hierauf erstattete B. d. e. l. b. u. r. g. Hamburg Bericht seitens der Kommission; dieselbe schlägt folgende Erhöhung der Beiträge vor: Für die erste Klasse 80 % für die zweite Klasse 70 % und für die dritte Klasse 33 % pro Monat.

Hierauf folgt die Beratung über die Vorlage des Vorstandes zu einem neuen Statut, welches von 1893 ab in Kraft treten soll. In der umfangreichen Debatte, welche bis Freitag Abend dauerte, wurden die Beiträge und Unterstützungssätze in nachstehender Höhe angenommen:

- 1. Klasse monatlich M. 2,40,
- 2. " " " " 1,90,
- 3. " " " " 1,75,
- 4. " " " " 1,60,

An Unterstützung soll in den ersten 13 Wochen gewährt werden außer freiem Arzt und freier Medizin: 1. Klasse täglich M. 2,10, wöchentlich M. 12,60,

- 2. " " " " 1,60, " " " " 9,60,
- 3. " " " " 1,35, " " " " 8,10,
- 4. " " " " 87, " " " " 5,22,

während der ferneren 27 Wochen: 1. Klasse täglich M. 2,65, wöchentlich M. 15,90, 2. " " " " 2,15, " " " " 12,90, 3. " " " " 1,90, " " " " 11,40, 4. " " " " 1,45, " " " " 8,70.

Nach Schluß der Debatte wurde dann von Meyer-Hamburg das neue Statut in seiner reaktionellen Zusammensetzung verlesen, worauf dasselbe einstimmig angenommen wurde. Hierauf erfolgten die Wahlen des Ausschusses und des Vorstandes.

In den Ausschluß wurden gewählt: Schwenn, Stieper, Grander, Lefkner, Bernitt,

Bömelburg und Müggelburg; als Ersatzmänner: Landgraf, Lentfert, Matje und Maad.

In der Vorstand wurden gewählt: Th. m. a. r., Vorsitzender; Stammer, Stellvertreter; Reiß, Kassirer; Kläichen, Stellvertreter; Thies, Krone und Stüben, Beisitzer.

Seitens des Geschäftsführers Th. m. a. r. wurde nun unter Vorlegung eines desbezüglichen Statuts beantragt, daß die Kaffe sich dem in Hamburg neu gegründeten Verbande freier Kranenlassen anschließen solle.

Die Gehälter der Vorstandmitglieder setzte die Generalversammlung auf monatlich M. 160 fest, während die Entschädigung des Vorstandes und Ausschusses für Sitzungen in der alten Höhe belassen wurde.

Als Publikationsorgan wurde das in Hamburg erscheinende Fachblatt der Maurer bestimmt. Der Kassirer Reiß erstattete dann den Kassienbericht über die Frauen-Eierkasse, welcher nach kurzer Beratung genehmigt, und da keine Anträge auf Veränderung des Statuts vorlagen, auch das letztere in seiner alten Fassung wieder angenommen wurde.

Die Arbeiten der Generalversammlung waren damit beendet. Der Vorsitzende D. i. e. d. r. i. c. h. hielt hierauf noch eine Ansprache an die Delegirten, in welcher er ausführte, daß, wenn auch nicht allen Wünschen habe Rechnung getragen werden können, doch jeder verpflichtet sei, nunmehr für die Kaffe nach Kräften einzutreten.

Situationsberichte.

Maurer.

Schwedt a. D. Die hiesige Bahnhöfe des Zentralverbandes deutscher Maurer u. s. w. hielt am 26. Juni ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Ausnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl eines Delegirten zum Verbandstage. 3. Regelung des Arbeitsmarktes. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Wüderausgabe. 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende D. i. e. d. r. i. c. h. hielt hierauf noch eine Ansprache an die Delegirten, in welcher er ausführte, daß, wenn auch nicht allen Wünschen habe Rechnung getragen werden können, doch jeder verpflichtet sei, nunmehr für die Kaffe nach Kräften einzutreten. Mit einem Hoch auf die Solidität der Arbeiter aller Länder schloß derselbe die acht Generalversammlung.

Die Angelegenheiten des Kollegen Mayer zu regeln. Zu diesem Punkt kam noch eine Sache zur Sprache, welche jedoch nicht geregelt werden konnte, weil ein dazugehöriger Kollege nicht anwesend war. Die Punkte vier und fünf wurden bis zur nächsten Versammlung vertagt. Im Verschiedenen wurden mehrere Sachen scharf kritisiert; dann wurden etliche kleine Angelegenheiten besprochen. Hiernach sprach der Bevollmächtigte für die gut besuchte Versammlung seinen Dank aus und schloß mit einem Hoch auf den Zentralverband die Versammlung.

Colberg. Am 28. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Weißbrodt eine Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhöfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands u. s. w. mit der Tagesordnung:

1. Wahl eines Delegirten. 2. Wahl eines Bevollmächtigten und Schriftführers. 3. Verschiedenes. Es wurde im ersten Punkt zur Wahl geschritten und die Kollegen S. o. b. u. h., W. e. r. l. e. und K. r. ö. b. l. als Wahlkommission gewählt. Zu Delegirten wurden die Kollegen S. K. o. p. l. a. und S. B. l. a. n. t. vorgeschlagen; ersterer Kollege wurde mit Majorität gewählt. Was den zweiten Punkt anbetrifft, sieht sich der Kollege S. h. a. l. p. g. genötigt, als erster Bevollmächtigter abzutreten, da er von den Versammlungen nicht mehr respektirt werde.

Stralsund. Am 4. d. M. hielt die hiesige Bahnhöfe des Verbandes der Maurer u. s. w. ihre regelmäßige Versammlung ab mit der Tagesordnung: Ausnahme neuer Mitglieder, Rechnungslegung und Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, verlas der Kassirer die mit einer Einnahme von M. 108,40, einer Ausgabe von M. 103,21 und einem Kassienbestand von M. 5,19 abschließende Abrechnung. Da dieselbe für richtig befunden wurde, erteilte der Vorsitzende dem Kassirer Decharge. Alsdann wurde der Antrag gestellt, ein Sommerbergnügen abzugeben. Da die Gartenbesitzer uns aber ihre Lokale nicht zu Versammlungen zur Verfügung stellen, so wollen wir auch keine Bergnügen bei ihnen abhalten. Unser Lokal hat keinen Garten, außerdem ist es in demselben zu warm, und aus diesen Gründen zog der Antragsteller seinen Antrag wieder zurück. Schloß 10 Uhr.

Frankenhausen. (Knyshäuser.) Die hiesige Bahnhöfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am 3. Juli die regelmäßige Mitgliederversammlung

im „Barbarossagarten“ mit folgender Tagesordnung ab: Ausnahme neuer Mitglieder, Wahl eines Delegirten, Abrechnung des 4. Quartals und Verschiedenes. Nach Erhebung des ersten Punktes verlas der Vorsitzende das Wahlreglement zum Verbandstage und wurde hierauf Kollege J. o. h. a. n. e. s. S. c. h. e. n. k. als Exkurs vorgeschlagen, weil es nicht möglich war, in unserer Bahnhöfe einen Delegirten zu wählen. Sodann wurde auch der eben Genannte von den 16 anwesenden Mitgliedern einstimmig gewählt. Zum dritten Punkt verlas der Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal; dieselbe wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Im Verschiedenen wurde die Verbretung des „Grundstein“ dem Kollegen F. r. G. ü. n. t. h. e. r. gegen monatliche Vergütung von M. 1 übertragen. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Wiesbaden. In der heutigen Mitgliederversammlung wurde von der Tagesordnung die Wahl eines Bevollmächtigten abgesetzt, indem Kollege W. i. n. d. o. l. f. welcher schon in erster Versammlung auf den Wunsch Aller die Stelle annehmen sollte, auch heute noch erklärte, dieselbe noch nicht übernehmen zu können. Darauf hielt der Genannte einen Vortrag über das Thema: „Was ist der Maurer und worauf hat derselbe zu achten?“ Der selbe dreiviertelstündige Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen und der Wunsch ausgesprochen, daß öfter solche Vorträge gehalten werden möchten, weil dadurch die Pflege der Gemeinamkeit gehoben und auch Gelegenheit geboten würde, lernen zu können, wie man einen Bau betritt und verläßt. In nächster Versammlung erfolgt die Fortsetzung des Vortrages. Zum Schluß traten zehn Mitglieder der Bahnhöfe bei. Hierauf wurde beschlossen, in den nächsten Wochen die öffentlichen Versammlungen auf Sonneberg, Warth, Rombach und Dohlem zu erwidern, wozu Kollege W. i. n. d. o. l. f. das Referat zu übernehmen zugabte. Wir hoffen, unser Unternehmen mit Erfolg gefördert zu sehen, da der Referent ein tüchtiger Maurer ist und in guter Beziehung zu den Kollegen steht. Auch wollen wir Herrn W. i. e. d. e. i. c. h. zu dem Unternehmen einladen. Also Glück auf den Weg und Muth und Ausdauer!

Dachsburg. Am Mittwoch, 6. Juli, fand im Vereinslokale eine Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhöfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands u. s. w. statt. Zunächst ließen sich zwei neue Mitglieder aufnehmen und wurde sodann im zweiten Punkt: „Delegirtenwahl“, der Kollege K. a. r. l. S. c. h. w. a. r. t. b. Staßfurt mit 17 Stimmen gewählt. Zum dritten Punkt verlas der Kassirer die Quartalsabrechnung, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde, worauf der Bevollmächtigte dem Kassirer Decharge erteilte. Leider ist zu bedauern, daß zwei Kollegen sich weigerten, Ertragssteuer zu bezahlen und auszuschließen werden mußten. Zum Punkte „Verschiedenes“ machte Kollege B. r. i. e. n. s. e. l. b. auf das hiesige Gewerkschaftsattell aufmerksam und theilte den Kollegen mit, daß alle Unfälle und Streitigkeiten auch von Nichtverbändlern an ihn, als den Vertrauensmann, zu melden sind. Hierauf erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung.

Breß. Am 3. Juli fand im Lokale des Herrn Quetschnig eine gut besuchte Versammlung der hiesigen Bahnhöfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Nachdem die Kassengeschäfte erledigt und sich ein neues Mitglied hatte aufnehmen lassen, wurde zur Wahl eines Delegirten zum Verbandstage geschritten und fielen sämtliche Stimmen auf den Kollegen S. K. l. e. i. n. f. e. l. d. in Lübeck. Von mehreren Kollegen wurde noch der Wunsch geäußert, daß für fernere auch die kleineren Städte bei der Wahl eines Delegirten Berücksichtigung finden möchten. Alsdann erfolgte Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

Memel. Am 7. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, fand eine öffentliche Versammlung der Maurer Memels und Umgebung statt, in welcher Herr C. e. f. f. e. i. n. aus Jvidau referirte und überzeugend die Nothwendigkeit des Anschlusses der Maurer an den Zentralverband der Maurer Deutschlands nachwies. Die Versammlung folgte den Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit, ihm am Schluß seiner Rede großen Beifall spendend und beschloß mit großer Majorität, eine Bahnhöfe des Verbandes zu gründen.

Gützow. Die hiesige Bahnhöfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands hielt am 4. Juli ihre regelmäßige Versammlung beim Gastwirt Behrens ab. Bei der im ersten Punkt der Tagesordnung vorgenommenen Wahl eines Delegirten zum Verbandstage wurde Kollege K. u. t. u. s. als Malchin mit allen Stimmen gewählt. Nachdem dann die Beiträge erhoben waren, sprachen sich im Punkte „Verschiedenes“ mehrere Mitglieder mißbilligend über das Verhalten der Malchiner Kollegen im letzten Winter aus. Sie hätten, da wir betrefsz der Regelung des Lohnes und der Arbeitszeit mit ihnen in naher Beziehung stehen, uns mit gutem Beispiele vorangehen sollen, dieses wäre jedoch nicht geschehen und sei es deshalb zu wünschen, daß die Malchiner Kollegen sich künftig enger mit solchen Fragen beschäftigen, es würde das dazu beitragen, daß die dafelbst noch zahlreich vorhandenen indifferenten Kollegen dem Verbands beitreten. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde sodann die Versammlung geschlossen.

Friedenan. Am 5. Juli fand im „Kuchhaufe“ hierseits eine öffentliche Maurerverammlung statt. An der Diskussion betheiligte sich auch der Kassirer der Bahnhöfe Steglitz-Friedenan des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Kollege Werner, welcher infolge dessen am anderen Tage von dem Bauunternehmer Pölschen aus der Arbeit entlassen wurde.

Berlin. Die Bahnhöfe I des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands u. s. w., Puffer Berlins und Umgebung, hielt am 3. Juli ihre regelmäßige Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Wahl der Delegirten zum Verbandstage, wurde das Wahlreglement verlesen. Kollege F. r. G. r. ä. f. t. e. zog seine Kandidatur verlesen. Kollege F. r. G. r. ä. f. t. e. zog seine Kandidatur zurück, um eine Stichwahl zu vermeiden, er wurde jedoch trotz seines Protestes als Kandidat aufgestellt. Hierauf wurde zur Leitung der Wahl eine Kommission gewählt; bestehend aus den Kollegen S. A. r. n. o. t., S. G. r. ä. f. t. e. und

**A. Dähne** Die Wahl fand mittelst Stimmsettel statt. Als Kandidaten waren die Kollegen **F. Schulz**, **Gräßle**, **Kerhan**, **Gräßler** und **King** ernannt. **Gräßler** und **King** erhielten Stimmen: **F. Schulz** 150, **Gräßle** 56, **Rittinger** 92, **Gräßler** 16, **King** 12. **Dähne** b. **Silberstein** wird 1. Am zweiten Punkt der Tagesordnung, „Bereinsangelegenheiten“, machte der Bevollmächtigte den Mitgliedern bekannt, daß die Verbreitung des „Grundstein“ jetzt in die Hände der freien Vereinigung der Speditoren gegeben ist, die Mitglieder möchten sich diesmal entschließen, wenn ihnen das Organ nicht pünktlich zugestellt sei, es lässe sich das nicht so schnell regeln. Kollege **Petrid** empfiehlt den Mitgliedern, um die Speditoren anzufeuern, möchte jeder Kollege den „Vorwärts“ bei demselben Speditur bestellen, der ihm den „Grundstein“ bringt. Kollege **B. Buchholz** meinte, die Speditoren bekämen ihr Geld und hätten ihre Schuldigkeit zu thun, sonst seien es eben nur Geschäftssozialisten. Kollege **Genig** rügte das Verhalten des Speditors **Woh** von der freien Vereinigung; derselbe habe erst zugestimmt, die Sache bestreiten zu wollen und nachher habe er abgesehen, dadurch sei die Sache verzögert worden; dies sei kein hübscher Zug. Kollege **Diedrich** meinte, der Grundgedanke des von **Petrid** Angeführten sei gut, die Kollegen möchten sich doch endlich mit der „Vorwärts“ befehlen und den „Vorwärts“ verworren, denn dieses sei nur ein Klatschblatt, wenn nichts Anderes. Wer bei der jetzigen Zeit noch so ein Standaßblatt lese, der habe seine Zeit verschlafen und sei noch nicht eingetreten in den Emanzipationskampf der Arbeiter. Kollege **Genig** stellte den Antrag, in Anbetracht der schlechten Konjunktur ein wenig mehr zu agitieren und die Massen in Bewegung zu bringen und zu diesem Zweck zu heute über vierzehn Tage eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Der Antrag wurde angenommen. Kollege **Gräßler** machte bekannt, daß am Montag, den 11. Juli, eine öffentliche Arbeiterversammlung stattfindet, das Nähere werde man im „Vorwärts“ finden. Kollege **Reumann** meinte, man müsse recht für die Verbandssammlungen agitieren, damit dieselben zahlreich besucht werden. Die gestellten Anträge müßten nochmals diskutiert werden, hauptsächlich der Paragraph, betreffend den Rechtschutz; derselbe sei für uns eine Lebensfrage. Vor kurzer Zeit sei ein Prozeß in erster Instanz verloren gegangen, der Anwalt meinte, derselbe müsse in zweiter Instanz gewonnen werden; der Zentralvorstand habe sich jedoch abweisend dazu verhalten, derselbe kenne die Verhältnisse nicht. Das müsse in Zukunft vermieden werden, wenn wir die Mitglieder nicht verlieren wollen. Kollege **Schulz** führte hierauf noch an, die arbeitslosen Kollegen möchten ein bisschen Umtrieb halten und die Schäden und Mängel an die Öffentlichkeit bringen. Da sei beispielsweise ein Bau an der Augsburger- und Wapreuterstraßen-Ecke, da müßten die Kollegen den größten Teil des Tages in der Kneipe sitzen, weil es an Material fehlt. Er könne noch mehr Beispiele anführen, allein die Zeit sei schon zu weit vorgedrückt. Kollege **Schulz** ermahnte noch, daß zwei Kollegen ein Stück Arbeit haben, bei welchem sechs Mann arbeiten können; jedoch lieber um 6 Uhr anfangen zu arbeiten, als noch Kollegen einzustellen. Es seien die Kollegen **Kunz**, **Vater** und **Sohn**. Nachdem dann noch beschlossen war, wegen mehrerer Klagen eine Sitzung abzuhalten und die streitenden Parteien dazu einzuladen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Bremen.** Am 6. Juli fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom vierten Quartal. 3. Wissenschaftlicher Vortrag. Referent: Herr **Kaul** aus Hannover. 4. Beschlußfassung über einen Generalbevollmächtigten zur Verbreitung des „Grundstein“. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes. Nach Erledigung des ersten Punktes legte der erste Kassierer die Quartalsrechnung vor, welche von den Revisoren für richtig befunden war, und wurde hierauf einstimmig genehmigt. Der dritte Punkt wurde vorläufig zurückgestellt, da der Referent noch nicht erschienen war. Der Hauptreferent des „Grundstein“ führte Beschwerde, daß er, weil er wegen zuweit entfernter Arbeit mehrere Male nicht rechtzeitig hätte am Platz sein können, von mehreren anderen Vereinen Vorwürfe erhalten habe, deshalb sehe er sich genötigt, seinen Posten als Hauptreferent niederzulegen. Durch Pureden mehrerer Kollegen ließ er sich jedoch bewegen, in seinem Posten zu verbleiben unter dem Vorbehalt, die Herausgabe des „Grundstein“ nicht vor 7 Uhr ends stattfinden könne. Der fünfte Punkt wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Im sechsten Punkt sprach Herr **Schäfer** über die jetzige Arbeitslosigkeit sämtlichen Gewerbes hier am Orte. Ein Beschluß der letzten Gewerkschaftsversammlung besagte, eine staatliche Aufnahme der Arbeitslosen vorzunehmen, um unserer Behörde zu zeigen, daß wirklich große Arbeitslosigkeit und Nothstand vorhanden ist. Neben erwähnte die Behelligung der Bremer Maurer an dieser Statistik, worauf sich 30 jüngere Kollegen freiwillig zur Verbreitung der Fragebogen meldeten. Inzwischen war auch Herr **Kaul** eingetroffen. Er entschuldigte sein längeres Ausbleiben — trotzdem er schon seit Mittag hier anwesend war, und auch die Versammlungen jede Woche im „Grundstein“ bekannt gegeben werden — damit, nicht gewußt zu haben, daß unsere Versammlungen schon um 8 1/2 Uhr beginnen. Wegen vorgedachter Zeit wurde von einem wissenschaftlichen Vortrage Abstand genommen und hielt der Referent einen kurzen gewerkschaftlichen Vortrag, welcher von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach einigen unbeschwerlichen Erörterungen wurde um 10 1/2 Uhr die Versammlung geschlossen.

**Hoffentinerhütte.** Die Zählstelle von Hoffentinerhütte und Umgegend des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw hielt am 3. Juli ihre regelmäßige Versammlung ab, mit der Tagesordnung: 1. Erhebung der wöchentlichen Beiträge und Extrasteuer. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Quartalsabschluss. 3. Wahl

eines Delegierten zum ersten Verbandstag und eines Kassierers für die hiesige Zählstelle. Nachdem die wöchentlichen Beiträge erhoben waren, wurden zwei Mitglieder aufgenommen. Sodann wurde zur Wahl eines Delegierten geschritten. Der Bevollmächtigte **Kurtz** schlägt vor, den Kollegen **Fr. Rittinger** aus Hoffentinerhütte als Delegierten zu wählen, welches denn auch geschah. Dann wurde noch Kollege **E. Kurtz** als Kassierer gewählt und hierauf die Versammlung um 8 1/2 Uhr geschlossen.

**Lauenburg a. d. Elbe.** Am Sonntag, 3. Juli, Nachmittags 3 Uhr, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands mit folgender Tagesordnung statt: 1. Erhebung der Extrasteuer zwecks Streifenunterstützung 2. Streifenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Nachdem der erste Punkt erledigt, erstattete der Bevollmächtigte Bericht über die Lage unseres Streifs und legte der Versammlung die Frage vor, ob wir nach der gegenwärtigen Situation unserer Sache trenn bleiben wollen? Diese Frage wurde von der Versammlung mit „Ja“ beantwortet, doch wurde beschlossen, dieselbe bei der nächsten Versammlung noch einmal vorzulegen, da diese Versammlung nur schwach besucht war. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 5 1/2 Uhr vom Bevollmächtigten geschlossen.

**Heterfen.** Am 2. Juli, Abends 8 Uhr, lagte unsere regelmäßige Versammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, welche vom Bevollmächtigten mit der Bekanntmachung folgender Tagesordnung eröffnet wurde: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag in Kassel. 3. Verschiedenes. Nachdem sich zwei neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten und als Delegierter Kollege **D. D. H. M. S.** gewählt. Da zum dritten Punkt der Tagesordnung niemand das Wort wünschte, wurde die Versammlung geschlossen. Diejenigen Kollegen, welche den Aufenthalt des Kollegen **Thoma** S. J. H. S. O. N. Buchnummer 13824, kennen, werden erucht, seine Adresse an den Bevollmächtigten **D. D. H. M. S.** einzuliefern.

**Altona.** Eine am 6. Juli in Ruffstein's Lokal abgehaltene Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht von der Gewerkschaftskonferenz in Altona. 2. Wahl eines Delegierten zum Verbandstag. 3. Abrechnung. 4. Innere Verbandsangelegenheiten. Zum ersten Punkt berichtete Kollege **Glück** als einer der beiden von der Zählstelle Altona gewählten Delegierten, daß die Konferenz am 29. Mai, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn **Ebler** zusammengetreten sei zur Konstituierung des Kartells. Es wurde auf der Konferenz herorgehoben, ob ein Vertrauensmännerheym nicht dasselbe bedeute, wie ein Kartell, dies wurde aber verneint und kam man zu der Überzeugung, daß Letzteres notwendig sei, wenn man verhindern wolle, daß frivole Boykotts, Streiks und sonstige Arbeitseinstellungen in's Leben gerufen würden. Es sei eine Kommission gewählt worden, an welche sich die Gewerkschaften, welche Streiks oder sonstige Arbeitseinstellungen injizieren wollen, zu wenden haben, um deren Zustimmung einzufordern; auch bei sonstigen Streitigkeiten habe die Kommission zu vermitteln. Sobald sich drei Gewerkschaften betreffs Regelung einer Angelegenheit an die Kommission wenden, habe dieselbe eine Kartellversammlung einzuberufen und müsse dieselbe ihre Zustimmung erteilen. Am 1. Juli sei eine Delegiertenversammlung abgehalten und in erster Linie über den dem Gewerkschaftskartell überziesenen Geldbeitrag von der Sammlung für die Ausgabeposten verhandelt worden. Die Sache habe damit ihre Erledigung gefunden, daß die Gelder der Kommission zur Verfügung gestellt wurden und selbige verpflichtet wurde, ab und zu eine Abrechnung zu veröffentlichen. Die Regelung des Herbergsmessens sei nach längerer Debatte den einzelnen Gewerkschaften überlassen. Ein Antrag von den Schlossern, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, sei bis zur nächsten Versammlung vertagt, ein weiterer Antrag von denselben, ob es nicht am Plage sei, hier in Altona Arbeitslosenversammlungen einzuberufen, abgelehnt worden. Der Vertreter der Lohnhändler habe alsdann die Angelegenheit mit dem Besitzer von „Velle Alliance“ zur Sprache gebracht. Nach längerer Debatte sei beschlossen, sich mit dem Vorgehen des betreffenden Lohnhändlervereins einverstanden zu erklären und das Lokal so lange zu meiden, bis die Sache geregelt ist. Ferner sei noch beschlossen worden, daß **Wulst** und **Kellner** bei Festlichkeiten nur von dem am Kartell beteiligten Vereinen zu nehmen dürfen. **Stüben** wendete sich gegen den Beschluß des Gewerkschaftskartells betreffs des Boykotts über das Lokal des Herrn **Schorninghausen**, und führte aus, daß es viel richtiger gewesen, wenn das Kartell eine Kommission gewählt hätte, welche sich mit den **Kellnern** und dem Herrn **Schorninghausen** in Verbindung setzte, um die Sache zu regeln, anstatt gleich auf Ansuchen der betreffenden **Kellner** den Boykott zu verhängen, denn es ist doch Aufgabe des Kartells, gerade die frivolen Boykotts zu verhindern. Auch die Arbeiter Altonas hätten sich vor Kurzem in einer Vollversammlung gegen leichfertige in's Leben gerufene Boykotts erklärt, hier wäre eine genaue Information über die Sache ganz entschieden am Plage gewesen. Nachdem noch einige **Mebner** diesen Ausführungen nachschlossen, wurde von **Stüben** folgender Antrag eingebracht: „Es ist von dem Gewerkschaftskartell eine Kommission zu wählen, welche sich mit dem Herrn **Schorninghausen** und den **Kellnern** in Verbindung setzt um die Angelegenheit zu regeln. Falls das Gewerkschaftskartell sich auf diesen Antrag nicht einläßt, kann sich die Zählstelle Altona des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands mit dem Beschluß desselben betreffs des Boykotts nicht einverstanden erklären.“ Derselbe wurde angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde in die Wahlkommission die Kollegen **S. A. v. L.**, **Ludwig** und **Thies** gewählt und als Delegierte die Kollegen **Glück**, **Stamm**, **S. A. v. L.**, **David**, **Marcks**, **Peck**, **Deusch**,

**Ludwig** und **Eternberg** in Vorschlag gebracht. Von denselben erklärten sich **Glück**, **David**, **Marcks** und **Deusch** bereit, die Wahl anzunehmen, falls sie gewählt würden. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses von **Stüben** liesen auf **Deusch** 30, auf **Glück** 22, auf **Marcks** 18 und auf **David** 14 Stimmen, hiernach sei eine Stichwahl zwischen **Glück** und **Deusch** erforderlich. Wegen die Vornahme einer Stichwahl erklärten sich der Bevollmächtigte **Glück** und **Meurer** und wurde somit dieselbe von der Versammlung abgelehnt und **Deusch** als gewählt betrachtet. Hierauf wurde vom Kassierer die Abrechnung verlesen, wogegen Niemand etwas einzuwenden hatte. Von den Kollegen **Eternberg** wurde noch ein Antrag eingebracht und auch angenommen, zur nächsten Mitgliederversammlung auf die Tagesordnung zu setzen: „Wie stellen wir uns zu benachteiligten Kollegen, welche aus unserer früheren Vereinigung ausgetreten und die wir jetzt wieder aufnehmen?“ Es wurden noch einige Angelegenheiten betreffs unseres Fachorgans, der „Grundstein“, erledigt und dann die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

**Osterburg.** Am 3. Juli, Nachmittags 4 Uhr, lagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Auf der Tagesordnung stand: 1. Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Delegiertenwahl. 3. Verschiedenes. Nachdem die Beiträge erhoben und sich einige neue Mitglieder hatten aufnehmen lassen, so daß unsere Zählstelle jetzt 86 Mitglieder zählt, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten und die Frage angeregt, ob wir aus unserer Mitte einen Kandidaten aufstellen oder ob wir einen von den beiden in unserer Abtheilung schon Gewählten unsere Stimme geben wollten? Es wurde der Wunsch laut, aus unserer Mitte einen Delegierten zu wählen, da derselbe besser unsere Verhältnisse kenne. Es wurden sechs Kollegen vorgechlagen, welche sämtlich verzeichnet, nach längerer Debatte wurde beschlossen, entweder den Kollegen **B. H. S. J. G. Bachim** oder **Deed. Lauenburg** zu wählen. Zu Wahlkommissaren wurden die Mitglieder **G. Witt**, **huhn** und **A. Wille** gewählt. Nachdem zu Anfang die Versammlung ziemlich gut besucht war, waren zur Zeit der Abstimmung nur noch 31 Mitglieder anwesend und wurde Kollege **B. H. S. J. G. Bachim** mit dreißig Stimmen gewählt; eine Stimme fiel auf **Deed. Lauenburg**. Es wurde der Antrag gestellt, den Delegierten zu beauftragen, für Ermäßigung der Extrabeiträge einzutreten; derselbe wurde angenommen. Nachdem im „Verschiedenen“ noch einige unwichtige Angelegenheiten geordnet waren, wurde um 7 1/2 Uhr die Versammlung vom Bevollmächtigten geschlossen.

**Dresden.** Am Donnerstag, den 7. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, lagte im „Iranon“ eine öffentliche Maurerverammlung, in welcher Kollege **V. Lorenz** aus Großschönau über „Den Werth der Zentralorganisation“ sprach. **Mebner** führte des Vorigen aus, aus welchen Gründen die Zentralisation geschaffen wurden. Die freien Kapitalisten hätten durch ihr brutales Vorgehen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen mit dieser gefordert, daß mandem Arbeiter, der bisher unserer Bewegung theilnahmslos gegenüber stand, die Augen aufgingen und er das Wesen des Kapitalismus erkennen lernte. Andererseits seien auch die schon seit Jahren in der Organisation und im Kampfe stehenden Arbeiter durch die Feindseligkeit der Unternehmerrlasse veranlaßt worden, ihre bisher bestehenden Organisationen zu verlassen und sei als die beste, den jetzigen Verhältnissen entsprechende, die Zentralisation erkannt worden. Der vorjährige Kongreß der Maurer Deutschlands habe die Gründung eines Zentralverbandes beschlossen. Wenn auch von Seiten der sogenannten Opposition gegen den Verband agitiert werde, so dürfe sich doch kein Maurer abhalten lassen, dem Verband beizutreten, denn eine lose Organisation, wie sie jene Herren wollten, die dem Verbande feindselig gegenüberstehen, sei für die Maurer zwecklos. Ferner führte **Mebner** aus, welchen Werth der Verband namentlich für die jüngeren Kollegen habe, wenn sie auf Wanderschaft gingen; sie hätten nicht nötig, die Großmutter der Meister in Anspruch zu nehmen, denn in jeder Stadt, in der sich eine Verbandszählstelle befindet, haben sie ein Recht, Wanderunterstützung zu verlangen. Auch die Dresdener Kollegen hätten die Pflicht, dem Verband beizutreten; wenn sie sich auch nicht geschlossen anschließen könnten, weil das schädliche Vereinsgesetz hindernd im Wege stände, so könne doch Jeder als einzelnes Mitglied beitreten. Wir dürften uns durch nichts abhalten lassen, unsere Organisation zu stärken. Die Agitation und Aufrklärung müsse Aufgabe eines jeden Kollegen sein; wenn Jeder seine Pflicht erfülle, dann würde auch in Dresden die Organisation eine bessere werden. Kollege **K. A. F. n. e. r.** schilderte die Gleichgültigkeit der Dresdener Maurer gegen die Organisation; die traurigen Löhne, die jetzt hier gezahlt wurden (33 bis 36 S. die Stunde), müßten doch die Maurer veranlassen, sich um ihre Interessen zu kümmern, sie hätten aber wahrlich kein Anrecht auf Unterstützung. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Wahl eines Vertrauensmannes, wurde Kollege **B. H. S. J. G. Bachim** zum dritten Punkt, Rechenschaftsbericht der Lohnkommission, wurde beschlossen, da dieser noch nicht gedruckt war, zwei Revisoren zu wählen und in einer nächsten öffentlichen Versammlung Bericht zu erstatten. Gewählt wurden die Kollegen **W. A. L. H. e. r.** und **K. o. n. g. e.** Im 4. Punkt, Bericht der Liquidationskommission, gab Kollege **H. A. H. I. C.** bekannt, daß der Verein einen baaren Kasienbestand von M. 34.49 aufzuweisen habe. Es wurde beschlossen, die beiden dem Zentralverbande zu überweisen. Die vorhandene Bibliothek wurde dem **Vertrauensmann** zur Verwaltung übergeben mit der Bemerkung, daß er dieselbe den Verbandsmitgliedern zur Verfügung zu stellen habe.

**Zittgert.** Am Sonntag, den 19. Juni, fand der schon länger projektirte Ausflug der hiesigen Zählstelle des Verbandes der Maurer Deutschlands nach **Öppingen** statt. Nach einem Ausflug über den **Sohrenhausen** fand eine Maurerverammlung im „**Rad**“ in **Öppingen** statt, wo es sich hauptsächlich darum handelte, die **Öppinger**

Kollegen zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Es waren allerdings nur wenig Göttinger Kollegen erschienen, doch versprochen die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß auch in Göttingen eine Zählstelle gegründet wird.

Hier in Stuttgart tagte sodann am 22. Juni eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, in welcher Genosse Siebert aus Nürnberg über die wirtschaftliche Lage der Bauhandwerker referierte. Derselbe hatte sich eines für unsere Verhältnisse außerordentlichen Zuspruchs zu erfreuen, was wohl hauptsächlich der Agitation der hiesigen Kollegen durch Flugblätterverteilung und Einladungen zuzuschreiben sein dürfte, und nahm auch in jeder Beziehung einen durchaus würdigen und imposanten Verlauf. In treffender Weise mußte der Referent die mißlichen Verhältnisse, unter denen die betreffenden Arbeiterkategorien zu leiden haben, zu beleuchten und klar zu legen, indem er gleichzeitig darauf hinwies, wie gerade der vielfach zu beklagende Mangel an organisatorischem Zusammenhalt unter den Bauhandwerkern Ranges dazu beitrage, jene Uebelstände fortwährend wachsen zu sehen. Schon durch die Abhängigkeit von der Witterung und den Jahreszeiten sei die Existenz des Bauhandwerkers eine viel kritischer, als diejenige vieler anderer Arbeiter; dazu komme, daß die Länge der Arbeitszeit, die mit der Arbeit verbundene so anstrengende körperliche Tätigkeit im Arbeitslohn in der Regel nur ein ungenügendes Äquivalent finde. Auch die Konkurrenz der ausländischen Arbeitskräfte jog Medner in den Bereich seiner Betrachtungen. Für Getreide, Fleisch und alle möglichen Artikel fordere man zwar Wohl vom Ausland, die ausländische Arbeitskraft dagegen lasse man unverändert in's Land.

Nach einer kritischen Besprechung des Arbeiterchutzgesetzes legte Medner die verschiedenen Uebelstände dar, welche sich im Baugewerbe besonders bemerkbar machen, beleuchtete die Affordarbeit, das Maximallohn und Wehntages, besprach die Herrichtung der Familienverhältnisse, welche gerade in den städtischen Gewerben in besonders greifbarer Weise als Konsequenz der heutigen wirtschaftlichen Zustände hervortritt, um zum Schluß einen warmen Appell an die Bauhandwerker zu richten, durch möglichst einmütige Organisation an der Hebung ihrer Klassenlage zu arbeiten. — An das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich die Verlesung der nachfolgenden, zu einstimmiger Annahme gelangenden Resolution an: „Die heute Abend im Saale der Arbeiterhalle stattgehabte, von mindestens 800 Bauhandwerkern besuchte öffentliche Versammlung erkennt nach Anhörung des durchaus den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Referates des Herrn Siebert und auf Grund der stattgehabten Diskussion an, daß die Anwesenden im Bewußtsein ihrer Klassenlage versprechen, sich den bestehenden Organisationen anzuschließen, um so die Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitals zu erlangen.“ In der ziemlich umfangreichen Diskussion wurde u. a. auch die unlängst von Herrn Wertmeister Höfer im Gemeinderath gefasste Neuerung bezüglich einer unter den Bauhandwerkern stattgehabten Umfrage, ob sie für zehnstündige oder elfstündige Arbeitszeit seien, besprochen, und wurde allseitig konstatirt, daß von einer derartigen Umfrage nichts bekannt sei. Es wurde hierauf aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt, das Bureau zu beauftragen, nähere Erkundigungen darüber einzuziehen, inwiefern jene Angabe des Herrn Gemeinderath Höfer, daß die hiesigen Bauhandwerker sich in ihrer Mehrzahl für die elfstündige Arbeitszeit ausgesprochen hätten, den tatsächlichen Verhältnissen entspreche. Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diese so anregende und lehrreiche Versammlung gar Viele unter den Bauhandwerkern aus ihrer bisherigen Letargie aufreißt.

**Hamburg.** Eine ordentliche Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Zählstelle Hamburg, tagte am 30. Juni mit folgender Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Wahl eines Delegirten. 3. Die Bedeutung der Gewerkschaftskarte. 4. Verschiedenes. Nachdem der Bevollmächtigte die Versammlung um 8 1/2 Uhr eröffnet hatte, stellte Kollege Weniger zur Statutenberatung den Antrag, keine Statutenänderung mehr vorzunehmen, da es schon zu spät sei, Anträge zu stellen, man möge dem Delegirten ein ungebundenes Mandat mitgeben. Der Antrag wurde angenommen. Im 2. Punkt wurden zunächst die Mitglieder H. Hoffman, A. Albrecht und W. Linke in die Wahlkommission gewählt und darauf der Bevollmächtigte C. Preßler als Delegirter mit 147 Stimmen gewählt. Anwesend waren 180 Mitglieder, 9 Stimmen waren ungenügend und 24 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Der 3. Punkt wurde, da der Kollege Eid, welcher das Referat übernommen hatte, durch Familienverhältnisse verhindert war, zu erscheinen, zu einer anderen Versammlung vertagt. Im 4. Punkt wurde das Verhalten zweier Mitglieder, welche den Lohntarif nicht eingehalten hatten, sehr scharf gerügt. Sodann wurde über die Erhaltung eines Lohntarifs am Neubau der hiesigen Kirche debattirt, doch wurde dieses nach längerer Debatte zu dem am 1. Juli stattfindenden öffentlichen Maurererversammlung vertagt. Hieran wurde vom Schriftführer die Referentliste verlesen, welche wieder ein trauriges Bild zeigte. Nach Erledigung einiger kleinerer Debatten wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

**Stollp.** Am 26. Juni tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Nachdem die inneren Verbandsangelegenheiten geordnet waren, wurde die Frage angeregt: „Wie ist am ersten und leichtesten der Ueberlöhndarbeit Einhalt zu setzen?“ Kollege Metzhammer äußerte die Ansicht, daß diesem Uebelstande am sichersten und leichtesten abgeholfen würde, wenn jedes Mitglied den festen Votztag fälle, keine Ueberlöhndarbeiten zu machen und unter keinen Umständen durch Regen oder sonstige Veranlassung, wie bei Nachregnen usw. verläumt Stunden oder Viertelstunde nachzuholen. Nur in besonderen Nothfällen, etwa wenn Menschenleben in Gefahr sind oder durch die Verwertung der Ueberlöhndarbeiten können Fortnen, wären Ausnahmen zu gestatten. Wenn alle Mitglieder sich dieses zur Pflicht machten, würden wir schnell zum Ziele kommen. Von der Ver-

sammlung würden diese Ausführungen mit lebhaftem Beifall aufgenommen und erfolgte, da nichts weiter vorlag, Schluß.

**Nürnberg.** Am 3. d. M. tagte im Lokale des Herrn Hauschild eine Mitgliederversammlung der Zählstelle Nürnberg des Centralverbandes der Maurer Deutschlands mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, vierteljährliche Abrechnung, Wahl eines Delegirten zum Verbandstage und Verschiedenes. In den Verhandlungen aufgenommen wurden zwei Mitglieder, so daß unsere Zählstelle jetzt 56 Mitglieder zählt. Zum zweiten Punkt verlas der Kassirer die Abrechnung, welche nicht für ganz richtig befunden wurde. Der Kassirer machte geltend, daß das Defizit nicht von ihm herrühre, er schob vielmehr die Schuld auf den früheren Bevollmächtigten, Kollegen Stampf, was dieser aber energig zurückwies. Da kein bestimmtes Resultat erzielt werden konnte, wurde es den beiden Mitgliedern überlassen, diese Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung zu regeln. Um allen persönlichen Vorurtheilen ein Ende zu machen, wurde der Antrag gestellt und auch angenommen, einen neuen Kassirer zu wählen. Die Wahl fiel auf das Mitglied B. v. m. p. Von der Aufstellung eines Delegirten zum Verbandstage wurde von der hiesigen Zählstelle Abstand genommen. Aufgestellt wurden die Kollegen C. Köhler, Elmshorn und Schröder. Neumünster, der Erstere erhielt 26, der Letztere 10 Stimmen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde die in der letzten Versammlung beschlossene Aufsicht auf den 24. Juli bestimmt. Da weiter nichts vorlag, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung um 6 1/2 Uhr geschlossen.

**Geestmünde.** In der am 5. Juli stattgefundenen Versammlung der hiesigen Zählstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands ließen sich zunächst vier Kollegen in den Verband aufnehmen. Sodann verlas der Kassirer die Abrechnung vom letzten Quartal, welche richtig befunden wurde. Darauf erläuterte die Kommission zur Veranlassung eines Festes zur Einweihung der Fahne Bericht. Aus demselben ging hervor, daß der geplante Umzug von der Polizei, wenn auch nur in beschränktem Maßstabe, genehmigt sei. Nachdem nun der bisherige Kolporteur des „Grundstein“ erklärt hatte, sein Amt in der nächsten Zeit niederlegen zu wollen, wurde an dessen Stelle der Kollege Jürgs gewählt. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

**Bauhandwerker.**

**Noworzlaw.** Am 26. Juni sollte hier im Lokale des Herrn Budrinski eine öffentliche Bauhandwerker-versammlung stattfinden, in welcher Herr C. K. K. in aus Zmidau sprechen wollte. Die Versammlung war von dem Tischler Herrn v. U. m. i. n. s. t. i. einberufen und hatte sich derselbe alle Mühe gegeben, ein Votum zu bekommen. So war er denn auf der Suche nach einem solchen auch zu dem oben genannten Wirth gekommen, welcher auch das Versprechen gab, er würde sein Votum zu einer Versammlung hergeben. — Daß aber auf das Wort eines Votahabers in hiesiger Stadt nicht zu bauen ist, sollte auch Herr v. U. m. i. n. s. t. i. erfahren. Als er am Abend vor der geplanten Versammlung noch einmal zu dem betreffenden Wirth ging, um sich zu vergewissern, daß auch die Versammlung in Wirklichkeit stattfinden könne, erklärte der Wirth, er dürfe es nicht erlauben. Daß hier eine Beeinflussung des Wirthes stattgefunden hat, und zwar von einer Seite aus, die nur allein im Stande ist, dem Wirth politische Schwierigkeiten zu bereiten und ihn auf alle mögliche Weise zu chikaniren, liegt auf der Hand.

**Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.**

**Situationsbericht.**

In Kästthal bei Mannheim steht zum 9. Juli in der Rumpfböck'schen Fabrik eine Arbeitseinstellung der Weindrescher bevor. Der Fabrikant hat zweimal kurz hinter einander den Lohn zu kurz angesetzt. Mit Rücksicht auf die ungenügenden wirtschaftlichen Verhältnisse ließen sich die Arbeiter die erste Vorkürzung gefallen, bezogen aber eine weitere Herabsetzung ihres Arbeitseinkommens nicht zu ertragen. Sie kündigten und fellen jedenfalls am 9. d. Mts. die Arbeit ein. Zuzug von Weindreschern ist fernzuhalten.

In Frankfurt a. M. stellten die Arbeiter der Brauereien „Eisighaus“ (54 Mann) und „Jung“ (49 Mann) die Arbeit ein. Die Ursache der Arbeitseinstellung war die Nichtanerkennung einer von den Brauereibesitzern angeordneten Fabrikordnung. Diese enthielt Bestimmungen, welche die Arbeiter unter keinen Umständen anerkennen konnten. Sie sind vielmehr jetzt ihrerseits mit Forderungen an die Unternehmer herantreteten, und zwar verlangen sie zehnstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden mit 40 % und einen Minimallohn von M. 22 und M. 24. Die Unternehmer weigerten sich, diese Forderungen anzuerkennen und dürfte der Kampf ein harter werden; doch sind die Arbeiter voller Zuversicht, ihn zu ihren Gunsten zu entscheiden, trotzdem starker Zuzug von Brauereiarbeitern vorhanden ist.

Da die für den Zustand erforderlichen Geldmittel von der Brauerorganisation nicht aufgebracht werden können; so appelliren die Ausstehenden an das Solidaritätsgefühl der organisirten Arbeiter und werden sich in der Annahme, daß sie hier Unterstützung finden, nicht täuschen. Adresse: C. Emrat; bei Laumann, Große Rittergasse 56, Frankfurt a. M.

In Coblenz dauert der Ausstand der Maurer fort. Es sind noch 85 Ausstehende, die zusammen 88 Kinder haben, zu unterstützen. Die Unternehmer begnügen sich nicht mehr damit, von außerhalb Arbeitskräfte zum Ersatz der Streikenden heranzuziehen, sondern es werden jetzt Strafgefangene aus dem hiesigen Centralgefängnis auf den Bauten beschäftigt. Sider ein würdiges Seitenstück zu der berühmten Sozialreform. Nach dem man dem Arbeiter das Vereinsrecht verweigert hat, so daß es ihm schwerfällt, die Organisationen zu halten, benutzt man, um ihn in Abhängigkeit zu erhalten, die Inzassen der Gefängnisse, jene Inzassen, die erst durch niedrige

Löhne, durch ihre elende Lage und durch Arbeitslosigkeit dazu getrieben sind, mit dem Strafgefangenen in Konflikt zu kommen. Ein recht heiteres Bild von dem guten Herzen des Bürgerthums. Von den Ausstehenden hat noch Keiner die Arbeit aufgenommen, sondern der größte Theil derselben ist abgereist.

Der Ausstand der Glasarbeiter der Firma Jordan in Stolberg (Rheinland) ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Ursache des Streiks war die Forderung einer Lohnerhöhung und Abheilung verschiedener Mißstände im Betriebe. Zwei von den Ausstehenden sind genugsam und noch zu unterstützen.

Die im Ausstand befindlichen Glasarbeiter der Offenbacher'schen Glaschleiferei in Fritz sind sich in einem Aufruf an die Arbeiterkassier, um Unterstützung in ihrem Kampfe zu erhalten. Der Ausstand wurde durch eine Lohnreduzierung von circa 50 Prozent hervorgerufen. Es sind 26 Mann im Streik. Der Fabrikant sucht durch eine schwarze Liste zu verhindern, daß die Ausstehenden anderweitig Beschäftigung erhalten.

Adresse: C. Zedler, Restauration „Maiglöckchen“, Maistr. 4, Fritz.

In der Knadsiedl'schen Eisengießerei in Rottbus legten drei Former die Arbeit nieder, weil einer ihrer Kollegen wegen der Agitation für den Verband gemahrt wurde. Die Ausstehenden sind bereit, sich dem Vorwurfe auf den Ort angewiesen. Sie erwarten, daß ihre fremden Kollegen sich nicht als Streikbrecher brauchen lassen werden.

Adresse: P. Schulz, Brastr. 2, Rottbus.

**Die Generalkommission.**

C. Legien, Hamburg, Hölbnerstraße 13, 1. Etg.

In der Zeit vom 17. bis 30. Juni sind bei der Generalkommission eingegangen: **M. 921.**

**Krankentafelwesen.**

Die organisirten deutschen Buchdrucker saßen auf ihrer in Stuttgart stattgehabten Generalversammlung den Beschlüssen, die Mitglieder zu erziehen, den Antrag auf Auflösung der Central-Krankentafel zu stellen, damit eine weitere, baldigst einzuberufende Generalversammlung die Auflösung der Kasse beschließen kann. Bis zur Ausführung dieses Beschlusses soll die Kasse den Vorschriften des § 75 des Gesetzes folgen. Damit ist die Kasse als eingeschriebene freie Hilfskasse gestiftet und die Buchdrucker treten in die Ortskassen ein.

Die Central-Krankentafel der Tuchmacher befaßt sich auf der Generalversammlung zu Krefeld mit ihrer Auflösung in der Weise, daß die jetzigen Mitglieder vom 1. Oktober bis Ende Dezember d. J. ohne Steuerzahlung in Krankentafel die volle und vom 1. Januar 1893 ab bis zur Auszehrung des vorhandenen Vermögens die Hälfte der bisherigen Unterstützung erhalten. Dem Unterstützungsverein deutscher Tuchmacher wurde als neuer Zweig die Unterstützung an Mitglieder in Krankentafel fallen angefügt.

Die Central-Kranken- und Begräbnisse (C. H.) hielt in Dresden ihre Generalversammlung ab. Die Kasse hat circa 7400 Mitglieder und ein Vermögen von über M. 120 000. Den Hauptpunkt der Beratung bildete die Frage: Zuzug oder eingeschriebene Hilfskasse? Die Beratung war eine sehr rege, von fast sämtlichen Delegirten wurde zu diesem Punkte das Wort ergriffen und das für und wider in äußerst sachlicher Weise erwogen. Besonders waren es die Vertreter der kleineren Verwaltungsstellen, welche den Standpunkt vertraten, die Kasse solle Zuzugstafel werden und die Mitglieder sollten in die Ortskassen eintreten; dagegen wurde von den Vertretern der großen Verwaltungsstellen in ganz bestimmter Weise dafür plädir, daß die Kasse unbedingt als Hilfskasse erhalten werde. Nach mehrstündiger Beratung wurde der Beschluß gefaßt, die Kasse als Hilfskasse bestehen zu lassen, dieselbe also dem Gelehe anzupassen.

**Literarisches.**

„Sozialpolitisches Centralblatt“ (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von J. Guttentag in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 3. Einzelnummern 25 A. Erschienen ist Nr. 27.

**Briefkasten.**

\* Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die Bevollmächtigten resp. Vertrauensmänner die Nr. 16 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bei. Die Expedition des „Grundstein“.

**Serford, H.** Die Aufnahme Ihres Berichtes müssen wir ablehnen, da derselbe, wenn wir das Behaltende und die Leser des Blattes Interessirende herausziehen, so kurz werden würde; daß sich die Aufnahme nicht lohnt. Gätten Sie, anstatt den Schimpfereien in Ihrem Bericht den breitesten Raum zu gewähren, die Ausführungen des Referenten auch nur theilweise wiedergeben, so würde die Aufnahme erfolgt sein.

**Stendal, D.** Ihr Brief traf hier so spät ein, daß die Aufnahme der Annoncen in Nr. 28 nicht mehr möglich war, wir bringen dieselben deshalb in dieser Nummer.

**Nierenen, D.** Berichte über stattgefundene Festlichkeiten können wir nicht aufnehmen.

**Schwerin, R.** Annonce in eingesandter Form nicht aufnehmbar.

**Nienstedten, J.** Vom Krankenversicherungszwange befreit sind nur die Betriebsbeamten, Handlungsgesellen

